

Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung in Costa Rica

Oktober 12
2017

Am 4. Februar 2018 finden die nationalen Wahlen in Costa Rica statt. In diesem Rahmen hier eine Untersuchung der seit einigen Jahren bemerkbaren Politikverdrossenheit und sinkenden Wahlbeteiligung in Costa Rica mit Ausblick auf mögliche weitere Entwicklungen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Allgemeine Einführung in die verwendeten Begriffe	2
3. Geschichte der Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung in Costa Rica	3
4. Aktuelle Lage	8
4.1 Internationale Situation	8
4.2 Aktuelle Situation in Costa Rica	9
5. Sozialökonomische Unterschiede und dessen Folgen für das Wahlverhalten	11
6. Gründe für Nichtwählen und Politikverdrossenheit	14
6.1 Technische Gründe für die Nichtwahl	15
6.2 Politische Gründe für die Nichtwahl und die Politikverdrossenheit	15
7. Folgen der hohen Wahlenthaltung	18
8. Lösungsmöglichkeiten für Costa Rica	20
8.1 Lösungsansätze zur Reduzierung von technischen Gründen	20
8.2 Lösungsansätze zur Reduzierung der politischen Gründe für Wahlenthaltung, sowie zum Angehen der Politikverdrossenheit	21
9. Ausblick und Schlussgedanken	24
Verweise/Literaturverzeichnis	I

1. Einleitung

«Wahlen gehören den Menschen. Es ist ihre Entscheidung. Und wenn sie entscheiden, dem Feuer den Rücken zuzukehren und sich den Hintern zu verbrennen, dann müssen sie nachher eben auf ihren Blasen sitzen.»ⁱ

Mit diesen Worten spricht Abraham Lincoln zwei bedeutende Tatsachen an: zum einen, dass Wahlen ein Privileg der Freiheit in einer Demokratie sind, was auch bedeutet, dass dieses nicht genutzt werden muss. Zum anderen, das Nichtnutzen dieses Privilegs verheerende Folgen haben kann, mit denen es danach umzugehen gilt.

Was der 16. Präsident der Vereinigten Staaten schon im 19. Jahrhundert ansprach, hat auch und besonders heute Präsenz: Weltweit geht in vielen Demokratien die Wahlbeteiligung zurück – Enttäuschung und Unzufriedenheit über die Politik ist in einigen Demokratien in Teilen der Bevölkerung zu spüren.

So auch in Costa Rica: 1998 ist die Wahlbeteiligung im Vergleich zur vorherigen Wahl um etwa 10% gesunken und bleibt seitdem relativ gleich mit kleinen Absenkungen zwischendurch. Dies ist im internationalen Vergleich ein gutes Niveau.ⁱⁱ

Der bei nicht wenigen verbreitete Frust über die Politiker und Parteien lässt sich in Costa Rica durchaus bemerken: Nur noch etwa 30% identifizieren sich mit einer bestimmten Partei. Einige sprechen davon, dass es keine geeigneten Kandidaten mehr gäbe. Dies ist vor dem Hintergrund der nächsten Wahlperiode nicht unproblematisch.

Etwa 70% betrug die Wahlbeteiligung in den letzten Wahlgängen hier in Costa Rica durchschnittlich – eine ähnliche Zahl wie 2013 in der Bundesrepublik Deutschland.ⁱⁱⁱ Doch scheint es viel mehr Unterschiede zwischen den beiden Ländern zu geben als nur das Wahlsystem (in Deutschland handelt es sich um das Verhältniswahlsystem mit Zweitstimme, Costa Rica hat ein Mehrheitswahlsystem).

In beiden Ländern ist von einer Art Politikverdrossenheit sowie in den letzten Jahrzehnten (etwa 2 Jahrzehnte in Costa Rica, etwa 4 Jahrzehnte in Deutschland) von sinkender Wahlbeteiligung die Rede. Dies wirft die Frage auf: Woran liegt das? Während im Falle Deutschland in den letzten 4 Jahrzehnten bis zum Jahre 2013 - wie in zahlreichen andern Demokratien^{iv} - die Wahlbeteiligung gering aber stetig nachließ, wofür es diverse Erklärungsansätze gibt, sank die Wahlbeteiligung in Costa Rica von einer Legislaturperiode zur nächsten, praktisch über Nacht geradezu drastisch.

Dieses Phänomen wird im Folgenden genauer untersucht und Gründe sowie Lösungsmöglichkeiten für dieses werden herausgearbeitet. Dabei wird kurz auf die internationale Situation eingegangen.

2. Allgemeine Einführung in die verwendeten Begriffe

Um die Tragweite und Folgen von Politikverdrossenheit und hoher Wahlenthaltung zu verstehen, ist es notwendig sich der Bedeutung der Begriffe anzunähern. Laut dem Duden ist Politikverdrossenheit „durch politische Skandale, zweifelhafte Vorkommnisse o. Ä. hervorgerufene Verdrossenheit gegenüber Politik.“^v

Politik wiederum definiert G. Lehmbruch (u.a.) als „jenes menschliche (und soziale) Handeln, das auf die Herstellung und Durchsetzung allgemein verbindlicher Entscheidungen zu[r] Lösung öffentlicher Probleme bei nicht voraussetzendem Konsens abzielt.“^{vi}

Politikverdrossenheit meint folglich jegliche Form der Frustration über Politik, die durch enttäuschende und zweifelhafte Ereignisse o.ä. ausgelöst wurde. In Costa Rica wird vor allem der Begriff *malestar con la política y los políticos*, also zu Deutsch Verärgerung über die Politik und die Politiker^{vii} sowie *descontento con la política*, also Unzufriedenheit mit der Politik verwendet.^{viii}

Für den spanischen Begriff *abstencionismo* werden in dieser Arbeit die Übersetzungen Wahlenthaltung und Wahlabstinenz angewandt. Die aktive wie die passive Stimmenthaltung führen zu einer niedrigerem Wahlbeteiligung, wie sie in Costa Rica seit 1998 zu verzeichnen ist.^{ix} Der Zusammenhang der beiden Begriffe liegt auf der Hand: Politikverdrossenheit stellt in vielen Fällen eine Ursache der Wahlmüdigkeit und Wahlenthaltung dar.^x So gaben drei Viertel der Befragten einer deutschen Studie die Unzufriedenheit mit Politikern und Parteien als wesentlichen Grund für ihre Wahlmüdigkeit und Politikverdrossenheit in den Jahren 2002 bis 2009 an.^{xi} Diese beiden Begriffe begegnen uns derzeit fast weltweit in vielen Demokratien häufig, was mit dem allgemeinen Rückgang der Wahlbeteiligung in vielen Demokratien seit den 80er Jahren begründet werden kann.

Wahlenthaltung (in der Bedeutung des spanischen Wortes *abstencionismo*) kann nun nach Alcubilla (2000: 3/4) nochmals untergliedert werden:^{xii}

- Die technische Wahlenthaltung: Diese beinhaltet alle der Technik geschuldeten o.a. physischen Gründe des Nichtwählens wie z.B. Krankheit, Abwesenheit, Klima, Entfernung zum Wahlort
- Apathische Wahlenthaltung: Die Gründe des Nichtwählens liegen in diesem Fall in der Faulheit und/oder der Annahme, dass die eigene, individuelle Stimme keine Bedeutung habe (Kosten-Nutzen-Annahme: Kosten bei solch geringem Nutzen zu hoch)
- Die politische oder rationale Wahlenthaltung: Diese zeichnet sich dadurch aus, dass durch das Nichtwählen bewusst Ablehnung bzw. Unzufriedenheit (diese kann sich auf das ganze System, auf Parteien oder auch nur Kandidaten beziehen) Ausdruck verliehen werden soll.
- Die bürgerliche Wahlenthaltung: Diese wird im Deutschen auch als passive Wahlenthaltung bezeichnet: Der Bürger nimmt zwar am Wahlprozess teil, gibt jedoch kein Kreuz ab; er lässt seinen Wahlzettel also blank.

Politikverdrossenheit führt nicht immer per se zum Nichtwählen: Nach einer Umfrage des Forsa-Instituts gehen die meisten Nichtwähler in Deutschland nur zweitweise nicht wählen und zeigen sich weiterhin

politisch interessiert.^{xiii} So gaben 77% der 3.501 befragten Nichtwähler an, dass Wahlen „ein hohes Gut“^{xiv} sind. Nur etwa jeder Dritte (32%) war der Meinung, dass man durch die Stimmabgabe nichts ändern könne.^{xv} Weiterhin äußerten die Befragten, dass sie vor allem nicht wählen würden, weil sie mit den politischen Inhalten und den Politikern nicht zufrieden wären.^{xvi} Auch in Costa Rica sympathisieren zwar nur etwa 30% mit einer bestimmten Partei – wählen gehen jedoch knapp 70%.^{xvii}

3. Geschichte der Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung in Costa Rica

In einem repräsentativen demokratischen System wie der Republik Costa Rica ist das Votum in regelmäßigen Wahlen die Hauptinstitution der bürgerlichen Teilnahme an der Politik und die Möglichkeit der Erneuerung derselben sowie deren Legitimation.^{xviii}

Um dem Wahlsystem die notwendige Kraft und Stärke zu verleihen, wurde Mitte des 20. Jahrhunderts der *Tribunal Supremo de Elecciones* (TSdE, dt. Oberster Wahlgerichtshof) gegründet, der wie eine vierte, unabhängige Gewalt die Glaubwürdigkeit und Reinheit des Wahlrechts verkörpern soll.^{xix} Im selben Jahr 1949 wurde die zweite Republik geboren, die noch heute gültige Verfassung erstellt und das Militär abgeschafft hat.^{xx}

Die Kraft des Wahlrechts führte ab 1953 - in diesem Jahr fand die erste Wahl der Zweiten Republik Costas statt^{xxi} - zu einer massiven Wahlbeteiligung.

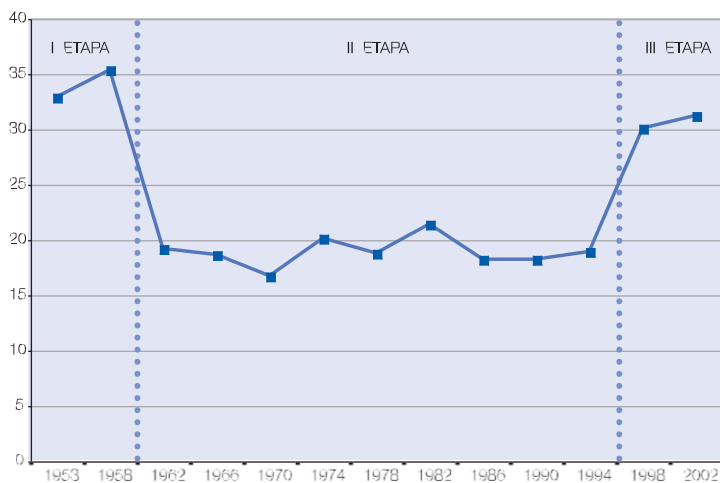
Der Wahlurne fern blieben bald regelmäßig etwa 18 % der Bürger, weshalb man dies als „*abstencionismo historico*“ – „historische Wahlenthaltung“ bezeichnete und als normalen Bestandteil des Wahlsystems ansah.^{xxii}

Schaut man sich diese fast 70 Jahre im Hinblick auf die Stimmenthaltung genauer an, so lassen sich diese in drei Phasen einteilen: Die erste bis etwa 1958 umfasst die Zeit der Gewöhnung an das neue Wahlsystem sowie die Festigung desselben. Im Wesentlichen tendierte das System zu einem Zweiparteiensystem, in welchem sich die Parteien Liberación Nacional sowie die Opposition, die sich Anfang der 80er Jahre zur christdemokratischen PUSC (Partido Unidad Social Cristiana) zusammenschloss, die Macht teilten.^{xxiii} Anderen Parteien kam bis in die 90er Jahre kaum Bedeutung zu.^{xxiv} In dieser ersten Phase wurde eine Stimmenthaltung von fast einem Drittel der Bevölkerung verzeichnet. Dieser Phase folgte ab den 60 Jahren eine Phase reger Wahlbeteiligung, in welcher sich nur noch etwa ein Fünftel der Bevölkerung der Wahlurne fernhielt. Diese endete 1998 abrupt.^{xxv}

Interessant dabei ist, dass bereits 1992 in einer Meinungsumfrage, die von der Firma UNIMER durchgeführt wurde, nur 45% der Befragten angaben mit dem aktuellen politischen System zufrieden zu sein, wohingegen 30% der Costa Ricaner ihre Unzufriedenheit über das Politische System bekräftigten und 15% Zweifel äußerten.^{xxvi} Etwa ein Jahr später gaben zudem c.a. 95% der Bürger an, sich mit einer der beiden Parteien zu identifizieren.^{xxvii}

Die Wahlbeteiligung blieb auch 1994 im gewohnten, sehr hohen Rahmen.^{xxviii} Aufgrund dieser lang andauernden Phase ohne auffällige Abweichungen wurden bis dato diesem Phänomen der Wahlenthaltung viel Aufmerksamkeit zuteil noch weitreichende Untersuchungen zu ihm durchgeführt.^{xxix}

Entwicklung der Wahlenthaltung in Prozent 1953 bis 2002^{xxx}



Im Jahr 1998 kam dann die Ernüchterung: Die Wahlenthaltung war plötzlich auf 30 % angestiegen. Dadurch kam es zu heftigen Diskussionen über die Legitimität des aktuellen Parlamentes sowie des Präsidenten. Mit derart hoher Wahlenthaltung könnte ein Präsidentschaftskandidat mit nur 27,6 % Unterstützung von allen Wahlberechtigten^{xxxi} gewählt werden.

Zudem wurde man sich der Notwendigkeit der Untersuchung dieses Phänomens und seiner Ursachen bewusst. Begonnen wurde mit der Bestimmung der Nichtwähler und ihrer Charakteristika, um Gründe für ihre Wahlenthaltung festzustellen

Zunächst bestand die Hoffnung, dass es sich um ein vorübergehendes Phänomen handele, dass sich nicht wiederholen werde. Doch diese Hoffnungen wurden mit den Wahlen 2002 jäh enttäuscht: Jeder dritte Wahlberechtigte hatte sich der Stimme enthalten. Damit war die Anzahl der Stimmenthaltungen nochmals angestiegen.^{xxxii}

Darüber hinaus stellte dieses hohe Maß an Wahlenthaltungen die Millionen Dollar (1000 000 000 Cólones^{xxxiii}) infrage, die der costa-ricanische Staat für die Förderung und Finanzierung von Wahlen ausgibt, wenn die costa-ricanische Bevölkerung zu großen Teilen von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch macht.^{xxxiv}

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern, in denen sich das Wahlverhalten der Bevölkerung durch Glaubensrichtungen, ideologischen Positionen und sozialen Unterschieden begründet, richtet es sich in Costa Rica tendenziell nach politischen Gesichtspunkten und Wahlvorschlägen.^{xxxv} Politische Ideologien sind gering ausgeprägt und es kann beispielsweise vorkommen, dass Wähler in derselben Wahlkampagne mehrmals ihre Meinung ändern, wenn ihnen Wahlversprechen der Gegenparteien plötzlich mehr zusagen.^{xxxvi}

Trotz der in vielerlei Hinsicht beachtlichen Entwicklung Costa Ricas im 20. Jahrhundert im lateinamerikanischen Vergleich^{xxxvii}, nahm die soziale Ungleichheit merklich zu.^{xxxviii} Dies bewirkte eine Unzufriedenheit der Bürger, die vermutlich stellenweise zu Politikverdrossenheit führte. Hinzu kamen

bedeutungsstarke Korruptionsfälle.^{xxxix}, welche das Vertrauen der Bürger in die Politik nachhaltig schwächen.

So kam es zu dieser Zeit insbesondere durch die Korruptionsanschuldigungen an drei ehemaligen Präsidenten der beiden großen Parteien zur Jahrtausendwende zum Ende der Vormachtstellung dieser beiden Parteien. Außerdem bildeten sich - auch durch zunehmende Pluralität der Gesellschaft^{xl} - neue politische Gruppierungen. Insbesondere die Partei Acción Ciudadana bildete sich infolge der Wahlen 2002 mit 26 Prozent der Wählerstimmen nun als dritte Kraft heraus.^{xli} Sie war für viele Wahlberechtigte, die sich statt zu schweigen und der Urne zu entziehen, entschlossen zu wählen, ihre Stimme der Kritik an der Korruption.^{xlii} Die Abkehr von den ursprünglichen Parteien wird (neben bereits genannter Zunahme der Pluralität) oftmals auf die verschiedenen Generationen zurückgeführt: Die Jüngeren können sich evtl. mit den konservativ-traditionellen Werten nicht identifizieren.

In Anbetracht der geschilderten Bedingungen scheint nicht sehr verwunderlich, dass während der letzten drei Wahlgänge zur Zeit des Bipartidismus (1990-1998) sich nur etwa 2/3 der Wahlberechtigten konsistent verhielten, also dauerhaft die gleiche Partei oder nie wählten, ab 2002 (Stand 2010) jedoch nur noch ein Drittel dies taten. Der Rest agierte als Wechselwähler bzw. änderte sein Wahlverhalten.^{xliii} Dies deckt sich mit meinen eigenen Recherchen: die Mehrheit der von mir Befragten gab an, keiner bestimmten Partei ihr Vertrauen zu schenken, sondern nach Kampagne, Vertrauen in Wahlversprechen u.Ä. in jeder Wahlperiode neu zu entscheiden.^{xliv}

Diese Entwicklung vom Zweiparteiensystem zum Multiparteiensystem ereignete sich mehr oder weniger zeitgleich mit dem Anstieg der Wahlenthaltung und der zunehmenden Enttäuschung über die Politik aus den genannten Gründen. Dem Folgend kann vermutet werden, dass die beiden einander beeinflusst haben schon dadurch, dass viele die traditionellen Parteien verließen und zum Teil selbst neue gründeten.^{xlv}

Generell kann die hohe Wahlenthaltung mit der scheinbar aufgekommenen Politikverdrossenheit erklärt werden: Für viele Costa Ricaner bedeutet Politik nur noch Wahlen, Parteien und die Aktivitäten der Gewählten.^{xlvi} Dafür spricht auch, dass zwar einer von sechs Wählern 1998 oder 2002 nicht gewählt hat, es jedoch nur 6,4 % dauerhafte Nichtwähler, also Niewähler, gab.^{xlvii} Zudem kam bei der Auswertung der Daten der Umfrage heraus, dass 44,8% der Befragten mindestens einmal nicht gewählt haben; was zeigt, dass auch gewöhnlich Wählende sich ausnahmsweise einmal enthalten können.^{xlviii}

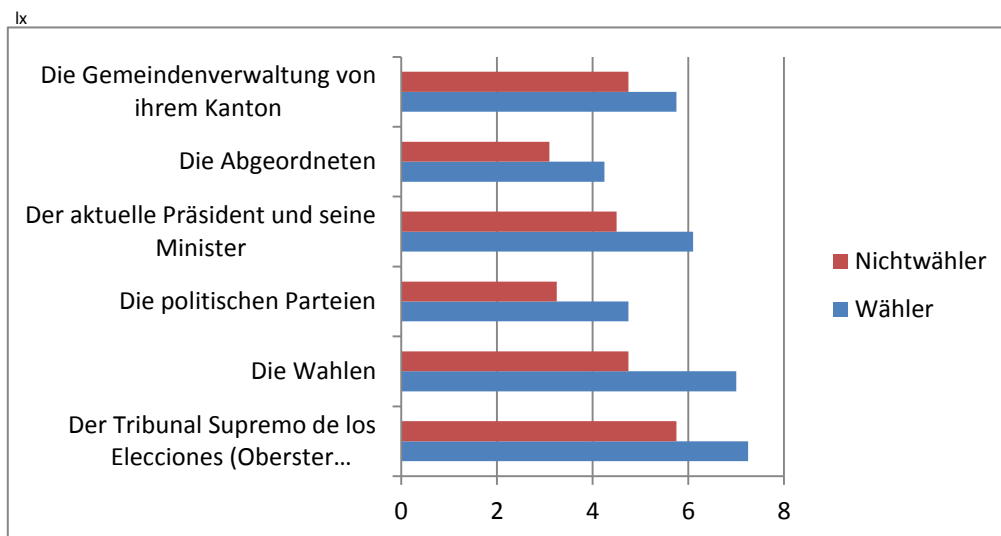
Ebenfalls interessant ist, dass sich die politischen Unterschiede zwischen den beiden traditionellen Parteien ab den 80er Jahren verringerten.^{xlix} Diese Verengung könnte ebenfalls den Rückgang der Wahlbeteiligung verstärkt haben, da den Bürgern keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Parteien auffallen, aufgrund derer sie sich entscheiden könnten.^l Die hohe Wahlenthaltung beruht zu großen Teilen nach der Untersuchung aus 2004 (etwa 60 Prozent) auf politischen Gründen, nur etwa 40% kamen nach eigener Angabe aus technischen Gründen nicht zur Wahl und etwa 30% nannten Desinteresse als ihr Motiv.^{li} 71% gaben an, dass sie sich selbst bewusst entschieden hatten nicht zu wählen. Zudem gaben 10,8 % an aus Protest oder Enttäuschung bezüglich der Umstände und

Bedingungen des Landes, nämlich wegen der Korruption oder der fehlenden Erfüllung von Wahlversprechen, nicht zu wählen.^{lii}

Des Weiteren begründeten 40,3 % nicht gewählt zu haben damit, dass sie keine zufriedenstellende Option gefunden hätten.^{liii} Der hier anklingende enge Zusammenhang zwischen der Unzufriedenheit mit der Politik, den Politikern und den Wahlen hielt sich auch in den folgenden Wahlen 2002, 2006, 2010^{liv} und vermutlich 2014. Bei der Untersuchung zur Studie 2011 zeigte sich, dass die Anzahl der Nichtwähler, die aufgrund eigener Entscheidung nicht gewählt haben auf 62,6% gesunken ist, dafür hingegen die Zahl derer, die Angaben wegen der Korruption der Politiker nicht zu wählen, auf 30% gestiegen ist. Auch die Ursache nicht eingehaltener Versprechen bekam einen Zuwachs auf 20,9%.^{lv}

Auch in den Wahljahren 2010 und 2014 blieb die Zahl der Nichtwähler hoch, so dass seit 1998 ihre Zahl stets die 30 Prozent überstieg.^{lvi} 2010 nahm die Zahl zwar etwas ab, blieb aber bei über 30%.^{lvii} Es schienen weniger aufgrund technischer Gründe nicht wählen zu können, was den leicht gesunkenen Anteil der Nichtwähler in diesem Wahlgang erklären könnte. Dafür finden sich unter den Nichtwählern vermehrt solche, die aufgrund extremer Unzufriedenheit und Verärgerung über Politik und Politiker nicht zur Wahlurne gingen.^{lviii} Auch stieg die Zahl der Niewähler scheinbar an: Es wurde ein Wert von 9% festgestellt.^{lix}

Interessant ist zudem eine Grafik des TSdE zum Thema **„Costa Rica. Vertrauen in die Institutionen des politischen Systems im Durchschnitt aus dem Jahre 2011“** (auf einer Skala von 0 bis 10):



Deutlich erkennbar liegt hier das durchschnittliche Vertrauen derjenigen, die nicht gewählt haben, in jeder Kategorie unter dem der Wähler. Diese Tendenz zeigte sich auch bei der Untersuchung von 2007^{lxi} sowie 2010^{lxii}. Zudem wurde auch 2010 festgestellt, dass wie in den vorherigen Wahlen die Nichtwähler wesentlich weniger Glauben an die Effizienz ihrer Stimme haben, als die Wähler.^{lxiii} Zudem zeigt das obige Diagramm, dass das Vertrauen in den Tribunal Supremo de los Elecciones deutlich am höchsten ist, wohingegen Wähler wie Nichtwähler weniger als „5“ in der Kategorie Vertrauen in die politische Parteien angaben.

Die Exekutivorgane wie Präsident und Gemeindeverwaltung erhielten noch bessere Ergebnisse als Abgeordnete und Parteien, also bessere als diejenigen, die am meisten mit Unterschieden und Konflikten zu kämpfen haben.^{lxiv}

Generell waren die Meinungen über die Politik in den Umfragen seit 1998 eher negativ geprägt. Die Jahre ab 2007 brachten eine Verbesserung dieser Situation.

Costa Rica: Entwicklung der Meinung über die Politik: 1998-2011^{lxv}

Meinung über die Politik	1998	2003	2007	2011
Gut oder sehr gut	13,6	13,6	31,6	29,1
Mittelmäßig	43,1	53,3	36,1	36,2
Schlecht oder sehr schlecht	43,3	33,1	32,3	34,7
Gesamt	100	100	100	100

Auf die Frage, ob sich die Situation im Vergleich zu früher verbessert habe, bekamen die Forscher folgende Angaben:

Costa Rica. Meinung über die Politik im Bezug auf die Vergangenheit: 2003-2011^{lxvi}

Aktuelle Meinung im Bezug auf die Vergangenheit	2003	2007	2011
Früher war es besser	63,0	41,0	47,5
Gleich geblieben	27,6	43,8	43,3
Jetzt ist es besser	9,4	15,2	9,1
Gesamt	100	100	100

Bei den Fragebogen 2007 und 2011 wurde zudem gefragt, welche Reaktionen die Politik bei den Befragten auslöse. Am häufigsten angekreuzt wurde dabei in beiden Jahren „desconfianza“ also Misstrauen.^{lxvii} Dies zeigte sich auch in meinen selbst durchgeführten Interviews regelmäßig als Hauptmotiv für das Nichtwählen.^{lxviii} Auf den nächsten Plätzen der Umfrage fanden sich negative Gefühle als die häufigsten Reaktionen wie „cansancio“ (dt. Müdigkeit/Überdruß), „disgusto“ (dt. Missfallen, Abneigung) und „indiferencia“ (dt. Gleichgültigkeit, Desinteresse). 2011 nahm disgusto dabei

noch zusätzlich zu. Positive Gefühle erhielten generell eher niedrige Punktzahlen. Der Durchschnitt nahm bei allen zu.^{lxxix}

Zudem wurde nach der Enttäuschung über die Ausübung der Regierungen gefragt, indem die Befragten die letzten drei Regierungen, das Korruptionslevel der letzten sechs Regierungen und die Ausübung von sieben öffentlichen Politikbereichen wie Bildung, Sicherheitspolitik etc. bewerteten.^{lxxx} Bei den letzten drei Präsidenten zum Zeitpunkt der Untersuchung (Stand 2011) war die beste Bewertung (Laura Chinchilla) gerademal 6.52 von 10. Bei der Bewertung der Korruption zeigte sich, dass diese vor allem in den 90ern als sehr hoch eingeschätzt wurde mit Punktzahlen zwischen 8 und 9. Seit dem sank die Bewertung immerhin auf 6,7, doch stieg dann wieder auf 7,0 an. Bei den anderen Politikbereichen war die Bewertung höchstens mittelmäßig. Am besten wurde mit 65,2 von 100 im Jahre 2011 die öffentliche Bildung bewertet, am schlechtesten die Festsetzung der Arbeiterlöhne.^{lxxxi}

4. Aktuelle Lage

Wenden wir uns nun den aktuellen Entwicklungen und Umständen zu. Hierbei wird nicht nur Costa Rica, sondern zunächst die Gesamtheit der Demokratien fokussiert.

4.1 Internationale Situation

Nicht nur in Costa Rica hat die Zahl der Wahlenthaltung zugenommen. Vielmehr handelt es sich bei der erhöhten Wahlenthaltung um ein Phänomen, das in zahlreichen Demokratien wie z.B. Frankreich, Österreich und Griechenland beobachtbar ist.^{lxxii} Meist jedoch verlief dieser Rückgang nur moderat. Wenn die Wahlbeteiligung „von der Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse, zu ethnischen und religiösen Minderheiten, vom Geschlecht oder Bildungsniveau abhängt“^{lxxiii}, nimmt die Problematik zu. Denn in diesem Fall besteht der Verdacht, dass aufgrund der sozialen Ungleichheit die politische Gleichheit als „demokratisches Kernprinzip“^{lxxiv} ausgehöhlt wird. Ein Beispiel hierfür ist die USA.^{lxxv} Auch in Österreich und Westeuropa lässt sich beobachten, dass Bildung ein ernst zu nehmender Aspekt bezüglich der Wahlbeteiligung ist: Je niedriger der Bildungsstand und die soziale Schichte, desto höher die Wahlabstinenz.^{lxxvi} Das Geschlecht hingegen spielt in diesen Regionen keine große Rolle mehr. Frauen wählen heute ebenso oft wie Männer.

Weiterhin darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Möglichkeit sich politisch zu engagieren wie z.B. via Aktivitäten in zivilgesellschaftlichen NGOs wie Amnesty International, Human Rights Watch oder Transparency neben Wahlen und Parteimitgliedschaft stetig zunahm und auch sehr genutzt werden. Hierbei muss jedoch beachtet werden, dass diese Möglichkeiten vor allem von jungen engagierten Menschen mit einem vergleichsweise hohen Bildungsstand wahrgenommen werden.^{lxxvii}

Auch der TSdE Costa Ricas gibt in seiner Untersuchung zum Phänomen des abstencionismo offiziell an, dass nach einer Studie des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlassistenz (IDEA, 2002) seit 1980 die Wahlenthaltung in demokratischen Regimen weltweit zugenommen habe.^{lxxviii} Die Wahlbeteiligung Costa Ricas liegt innerhalb der internationalen Normen, dennoch sollte aufgrund der 10% Abnahme der Wahlbeteiligung 1998 dieses Phänomen ernst genommen werden. Weiterhin wurde festgestellt, dass parteiische Identifikation in den letzten Jahrzehnten zurückging, was sich ebenfalls auf

die Wahlbeteiligung ausgewirkt haben könnte.^{lxxxix} Zu den Gründen dafür gehören nach Dalton der Aufstieg anderer Organisationen sowie die Unzufriedenheit mit der Arbeitsweise der Parteien und dem demokratischen Prozess. Diese Tendenz wurde auch für Costa Rica im Hinblick auf die Unzufriedenheit mit dem Präsidenten Fernando Sánchez und deren Auswirkung auf einen Rückgang der Wahlbeteiligung festgestellt.^{lxxx}

Letztendlich gilt es in jedem Land die jeweils spezifisch-individuellen Ursachen für die Wahlenthaltung in deren Geschichte und politischer Kultur zu suchen (Dieter Nohlen, 2002).^{lxxxi}

4.2 Aktuelle Situation in Costa Rica

Thematisieren wir daher nun die derzeitigen Entwicklungen in Costa Rica als den Mittelpunkt dieser Untersuchung. Aufgrund des weiteren Rückganges der Wahlbeteiligung in den letzten Jahren kann vermutlich auch bei den kommenden Wahlen Anfang 2018 von einer Wahlbeteiligung von etwa 2 243 341 Stimmen, das entspricht etwa 67,8%^{lxxxii} Prozent ausgegangen werden.

Ein weiteres aktuelles Problem ist, dass die Kampagnen im Fernsehen stetig teurer für die Parteien werden, was neuen Parteien den Eintritt schwierig macht und zudem zu einem großen Einfluss der Spender auf den Wahlausgang führen kann.^{lxxxiii}

Seit 2014 besteht die Möglichkeit auch im Ausland zu wählen, wodurch man hoffen kann, dass es zu höherer Wahlbeteiligung kommt, da weniger aufgrund technischer Probleme nicht wählen.^{lxxxiv} Jedoch war die Wahlbeteiligung leider zumindest 2014 nicht gestiegen, sondern im Vergleich zu 2010 sogar ein wenig gesunken.^{lxxxv} Diese Wahlabstinz stellt damit die vierthöchste in 61 Jahren dar (Stand 2014).^{lxxxvi} 2014 fiel zudem auf, dass die größte politische Fragmentierung in 61 Jahren vorlag.^{lxxxvii}

Weiterhin besorgniserregend ist zudem das fehlende Vertrauen in Politiker und Parteien: Dieses hat im Zuge der Veränderung der Parteienlandschaft immens abgenommen. Während 1993 und damit zur Zeit des Zweiparteiensystems noch 100 Prozent der Befragten entweder den Sozialdemokraten oder den Christdemokraten zuordnen konnten, antwortete bei der letzten Umfrage (Stand 2014) ein Drittel, dass sie trotz der zahlreichen neuen Auswahlmöglichkeiten mit keiner einzigen Partei sympathisieren.^{lxxxviii}

Auch bei meinen vorgenommenen Interviews war die Antwort oft, dass das Parteienspektrum die Bürger nicht gut repräsentiere und die meisten nicht immer der gleichen Partei ihre Stimme gäben.^{lxxxix}

Das bürgerliche Vertrauen (Stand 2014) sei beim Blick auf die Exekutive 2012-2014 so niedrig wie in den letzten 30 Dekaden nicht gewesen.^{xc} Allgemein befindet sich die Exekutive derzeit nach dem Bericht von 2016 des Estado de Nación in einer sehr schwierigen Situation. Im oben zitierten Bericht (s. Endnote) wurde zudem die These aufgestellt, dass durch die signifikante Verschlechterung der politischen Kultur bei der Wahl die ungünstigsten Rahmenbedingungen seit Beginn der Aufzeichnungen über das Thema vorlagen.^{xci}

Die Rahmenbedingungen der Wahlen haben sich jedoch im Vergleich mit 2014 inzwischen wieder verbessert. Allerdings sind die Werte der demokratischen Stabilität dennoch die niedrigsten seit Beginn der 90er Jahre. Im Moment entsprechen sie etwa denen von 2010.^{xcii}

Costa Rica erhielt beim Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2016 einen Wert von 8,49 und nimmt damit im Ranking die 12. Stelle ein.^{xciii} Jedoch hat der Wert „demokratische Stabilität“ nach

diesem Index seit 2008 (9,5) geringfügig abgenommen auf 9,2 (Stand 2016).^{xciv} Es kann gehofft werden, dass die Werte der demokratischen Stabilität in Zukunft wieder etwas steigen werden.^{xcv} Der derzeitige Präsident Luis Guillermo Solís (Amtszeit 2014-2018) fand laut einer Umfrage im Juli 2017 einen Zustimmungswert von 74,4%. Damit war er zu diesem Zeitpunkt der best-bewertete Präsident Costa Ricas. Doch bereits im nächsten Monat sanken seine Bewertungswerte infolge eines Korruptionsskandal (in Bezug auf Zement) auf 66,7%^{xcvi}. Zudem sollte auch nicht außer Acht gelassen werden, dass er den Großteil seiner Amtszeit (mit Ausnahme der ersten und letzten Monate dieser [Stand September 2017]) kaum von den Bürgern unterstützt wurde.^{xcvii}

Der Korruptionsskandal des Zementes zeigt erneut eines der Motive auf, das für viele die Wurzel ihrer Politikverdrossenheit darstellt. So stellen auch aus Sicht politischer Analysten das fehlende Vertrauen der Costa Ricaner in die Politiker, dass diese ihre Versprechen erfüllen werden, und die Enttäuschung aufgrund der Korruptionfälle, in welche die letzten Regierungen und deren politische Parteien verwickelt waren, Gründe für die geringere Wahlbeteiligung der letzten Legislaturperioden dar.^{xcviii}

Der Präsident des TSdE befürchtet allerdings nicht, dass dieser Korruptionsskandal die Costa Ricaner in ihrem Gemütszustand bezüglich der kommenden Wahl negativ beeinflussen könnte. Er ist der Meinung, dass die costa-ricanische Demokratie ein so hohes, festes Niveau hat, das sie sich von solchen Fällen nicht nachhaltig erschüttern ließe. Zudem weist er daraufhin, dass die Faktoren der Wahlenthaltung sehr vielfältig sind.^{xcix}

In meinem Interview mit Hugo Picado León, dem Direktor des Institutes für politische Bildung (Instituto de formación y estudios democracias, IFED) befürchtet dieser jedoch, dass die derzeitigen Korruptionsskandale durchaus Auswirkungen auf die Wahl und die Wahlbeteiligung haben könnten, da sie den Ärger und die Enttäuschung mancher Bürger über die Politik potenziell noch verstärken.^c

Die bürgerliche Zustimmung hat in den letzten Jahren abgenommen. Der niedrigste Stand war 2014 mit 36,9. Im Jahre 2016, aus welchem die neusten Daten stammen, war es geringfügig angestiegen auf 41,9.^{ci}

Die durchschnittliche Unterstützung des politischen Systems (Daten von 2016) ist um 4 Punkte und damit auf 59 im Vergleich zu 2014 um vier Punkte gefallen. Die niedrigste Unterstützung wurde 2012 mit 55,8 gemessen.^{cii}

Interessant ist außerdem, dass weniger soziale Konflikte seit 2014 gemessen wurden (Werte aus 2016).^{ciii} Dies lässt sich damit erklären, dass die derzeitige Regierung engere Beziehungen mit sozialen Gruppen, die für ihre Manifestationen bekannt waren, aufgenommen haben, so dass diese nicht mehr protestieren müssen.^{civ}

Zusammenfassend, keine einfache Situation für die politischen Akteure und ebenso wenig für die Bürgerschaft. Hier deutet sich bereits an, wo die Politikverdrossenheit und das Missfallen über das Handeln der politischen Akteure ihren Ursprung hat.

5. Sozialökonomische Unterschiede und dessen Folgen für das Wahlverhalten

Um die Gründe für Wahlenthaltung besser ermitteln zu können, ist es hilfreich, sich Unterschiede im Wahlverhalten von Personen verschiedener Geschlechter, verschiedenen Alters und sozialer Umstände zu untersuchen. Besonders auffällig sind hierbei die Unterschiede bezüglich der Höhe der geschlechterspezifischen Wahlenthaltung, sowie die niedrigere Wahlteilnahme von Jugendlichen.^{cv}

Zu ersterem Unterschied lässt sich Folgendes ermitteln: Nicht selten bekamen Frauen erst wesentlich später als Männer das Wahlrecht, was dazu führte, wie es auch eine in der USA realisierten Studie des Firebaugh und Chen (1995) belegt, dass Frauen, die ohne dieses Recht aufgewachsen waren, sich nun weniger in die wählerischen Prozesse einmischten, wohingegen die jüngeren Generationen an Frauen dazu neigen, von ihrem Wahlrecht mehr Gebrauch zu machen, bis dahin, dass Frauen nun in vielen Ländern wie auch Costa Rica seit 1994 sogar häufiger wählen als Männer.^{cvi}

Bei dem zweiten Unterschied handelt es sich um ein vor allem in den letzten Jahrzehnten aufgetretenes Phänomen: den Rückgang des Wählens bei Jugendlichen. Gründe dafür sieht man in Europa und den USA vor allem im fehlenden Interesse und gestiegenem Individualismus im Vergleich zu vorhergehenden Generationen.^{cvi}

Dies zeigt sich auch an der gesunkenen Teilnahme von Jugendlichen an religiösen und kommunalen Organisationen sowie an gestiegenen Singlehaushalten.^{cvi} Dies kann auf die politische Partizipation Auswirkungen haben (Wattenberg, 2000:66)^{cix}.

Dem Direktor der IFED, Hugo Picado León, folgend muss bei dieser Betrachtung betont werden, dass es zum Teil der reguläre Verlauf ist, dass in der Jugendzeit mit Ausnahme des Erstwählens der 18-23-Jährigen, das als neues Recht sehr stark genutzt wird, bis zu einem gewissen Alter von Mitte 30 eher wenig gewählt wird –begründet in den unsicheren Umständen dieses Lebensabschnitts. Hat sich die Lage der jungen Erwachsenen dann gefestigt, kehren viele zur Urne zurück.^{cx} Im Kreise einer Jugendgruppe im Stadtteil Alajuelita, einem ärmeren Viertel San José, bekam ich auf meine Frage an die 19 bis Mitte 30 jährigen, jungen Erwachsenen, warum das Interesse der Jugendlichen für Politik so gering sei, hauptsächlich die Antwort, dass diese [die Politik] doch eh nichts ändern würde und immer die gleichen an der Macht bleiben würden bzw. alle möglichen Kandidaten gleich „korrupt“ wären und es daher keinen Unterschied machen würde, wem man seine Stimme geben würde.

Auch fehle es an Informationen über die Kandidaten für politische Stellen. Immer wieder fiel die Aussage seitens der Jugendlichen, dass die Politiker nur an ihre eigenen Interessen denken würden.^{cx} Ein Jugendlicher aus dem Armenviertel La Carpio (von San José) schickte mir in Anknüpfung an das Thema später folgendes Zitat: „Politik ist die Kunst, die Leute daran zu hindern, sich um das zu kümmern, was sie angeht.“ Paul Valéry (1871-1945)^{cxii}. Eben dieser Jugendliche erklärte auch, dass die Bürger nicht ausreichend über das Parteienangebot informiert und die Parteien zudem nicht gut genug definiert seien. Sie bräuchten Identität trotz der großen Vielfalt, die es gibt. Die Leute würden sich von ersten Eindrücken leiten lassen.^{cxiii}

Des Weiteren wurde in Costa Rica beobachtet, dass die männlichen Jugendlichen deutlich seltener wählen, als die weiblichen Gleichaltrigen.^{cxiv} Vermutlich aufgrund der bereits aufgeführten Motive.

Die hohe Bedeutung des sozioökonomischen Levels und des Bildungsstands, um das Wahlverhalten zu erklären, ist schon seit vielen Jahrzehnten bekannt. Zahlreiche Studien unter Anderem von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet(1944); Katz y Lazarsfeld (1955) sowie Lipset (1960) wurden im Zusammenhang mit diesem Thema durchgeführt.^{cxv} Sowohl Lazarsfeld, Berelson und Gaudet als auch Lipset sowie Berelson und Steiner kamen dabei zu dem Schluss, dass ein hoher Bildungsstand und ein hoher sozialer Status die Wahlteilnahme bzw. im Falle Lazarsfeld, Berelson und Gaudet das Politikinteresse positiv beeinflusst.^{cxvi}

Auch im Fall Costa Rica kann von solchen Unterschieden ausgegangen werden, besonders wenn man in Betracht zieht, dass 2001- also zu Zeiten der neu aufkommenden hohen Wahlethaltung in den vorherigen Jahren - die soziale Ungleichheit zugenommen habe.^{cxvii} Weiterhin wurde festgestellt, dass von denjenigen die 1998, nicht aber 2002 schon gewählt haben, ein wesentlich größerer Anteil einen höheren Bildungsstand und Führungsstellen oder berufliche Stellen innehatte.^{cxviii}

Außerdem zeigte sich, dass diejenigen die nur 1998 nicht wählten eine bessere Meinung über die Politik hatten, auch wenn betont werden muss, dass unter den Nichtwählern überwiegend eine negative Meinung über die Politik vorherrscht.^{cxix} Zudem interessant ist, dass rund 59% derjenigen die nur die primäre Schulausbildung besucht haben, weder in 1998 noch in 2002 gewählt haben.

Von denjenigen mit sekundärem Schulabschluss waren dies nur 30,7%, von denjenigen mit Studiumabschluss (Superior) Abschluss blieben 10,2% in beiden Wahljahren den Urnen fern.^{cxx} Auch 2006 wurde festgestellt, dass vor allem junge Wahlberechtigte, Männer und Wahlberechtigte aus ländlichen Regionen nicht wählten. Mit Bezug zur Beschäftigung fiel auf, dass sich vor allem unter den Nichtqualifizierten (*no calificados*, und unter den *Industria y operarios*) viele Nichtwähler befanden.^{cxxi} 2010 zeigten sich ähnliche Ergebnisse, abgesehen von dem Resultat, dass die Gruppe der Nichtwähler nun nicht mehr bei den Erstwählern sondern bei den 32 bis 35-jährigen am größten war.^{cxxii} Diese Daten deuten darauf hin, dass ein wichtiger Anteil derjenigen, die 1998 wahlabsinent blieben, dies aufgrund der Unzufriedenheit über das aktuelle Parteienspektrum (z.B. keine zufriedenstellenden Alternativen neben den traditionellen zwei Parteien) und die aktuellen Kandidaten (aktuelle politische Klasse) taten und die Ursache nicht in den Wahlen als politischer Mechanismus lag.^{cxxiii} Dies bestätigte auch der nächste Wahlgang: Diejenigen die 2002 wieder wählten, wählten vielfach neu aufkommende Parteien wie z.B. die PAC.^{cxxiv}

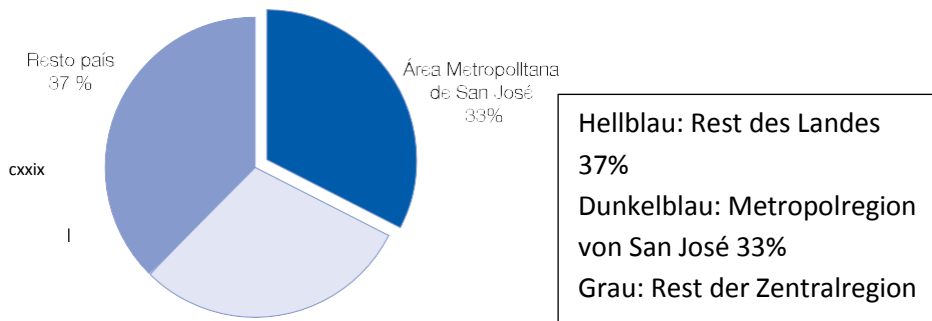
Dennoch stellt die niedrige Wahlbeteiligung unter jungen Wahlberechtigten besonders mit Blick auf die Zukunft ein großes Problem da: Wenn dieses Wahlverhalten unter jungen Wählern weiter zunehme und sich auch mit zunehmenden Alter der derzeitigen jungen Generation nicht ändere, könnte dies in Zukunft zu noch niedrigeren Wahlbeteiligungen führen.^{cxxv} Ein dies unterstützendes Studienergebnis ist, dass diejenigen, die im Alter ihrer Erstwahl nicht von dessen Recht Gebrauch machen, deutlich häufiger als Erstwahlnutzer zu Niewählern werden.^{cxxvi}

Die älteren Generationen - aufgewachsen zu Zeiten hoher Wahlbeteiligung mit der Ansicht, dass die Wahlstimme ein Recht und damit geschenkte Pflicht sei - scheinen hingegen, bei Unzufriedenheit (provoziert z.B. durch die Korruptionsfälle der letzten Jahre) eher einer anderen Partei die Stimme zu

geben anstatt der Wahl abstinent zu bleiben. Nichtsdestotrotz nimmt deren Anteil mit jeder Wahl weiter ab.^{cxxvii}

Weiterhin ließen sich geografische Unterschiede betreffend der Wahlteilnahme feststellen: Nach Auswertung der Daten von 1982 bis 2002 zeigte sich in den letzten beiden Wahljahren neben der höheren Wahlenthaltung auch eine größere Streuung zwischen den Distrikten, was die Anzahl der Nichtwähler betraf.^{cxxviii}

Verteilung der Nichtwähler nach geografischen Zonen bei der Wahl 2002



Besonders in den Regionen außerhalb der Zentralregion wie z.B. in Brunca, Huetar Atlántica und Huetar Norte zeigte sich das Phänomen des Nichtwählens demnach besonders stark.^{cxxx} In Guanacaste, Limón und Puntarenas war die Wahlbeteiligung wie in allen Wahlgängen seit 1953 niedriger als der nationale Durchschnitt.^{cxxxi} Diese Gebiete sind auch diejenigen mit dem geringsten Entwicklungslevel und mit weniger Chancen für die Bewohner, was die Existenz von Ungleichheit verstärkt.^{cxxxii}

Die Ursache für die niedrige Wahlbeteiligung in diesen Bereichen lässt sich in unterschiedlichen sozioökonomischen Umständen vermuten, da eine höhere Anzahl an Nichtwählern mit einer größeren sozioökonomischen Verschlechterung einhergeht.^{cxxxiii}

Diese Vermutung wird dadurch verstärkt, dass Brunca und Huetar Norte nach Chorotega 2002 die zweit- und drittärmste Region darstellten. Huetar Atlántica befand sich 2002 auf Platz 5. In allen drei Regionen war die Armut von 1999 auf 2000 leicht angestiegen.^{cxxxiv}

Zudem wurde beobachtet, dass in 2002 ein größerer Anteil der Wahlenthaltung in ländlichen Gebieten abseits des Valle Central gemessen wurde.^{cxxxv} Auch 2006 und 2010 hielt sich diese Konzentration der Nichtwähler in den verwundbarsten Sektoren.^{cxxxvi}

Ein weiter festgestellter Zusammenhang ist, dass Nichtwähler tendenziell weniger in bürgerlichen Aktionen mit politischem Bezug teilnehmen. Einzige Ausnahme von diesem Zusammenhang ist das Blockieren von Straßen für Proteste. Dies ist bei Nichtwählern sogar geringfügig höher (36% statt 34%) als bei Dauerwählern.^{cxxxvii}

Dies zeigt, dass entschlossene Nichtwähler allgemein dazu neigen, sich der bürgerlichen Partizipation zu entziehen.^{cxxxviii}

Bei der Untersuchung 2007 zeigte sich zudem, dass der Familienstand keine untergeordnete Rolle beim Wahlverhalten spielt: In Single-Haushalten sowie bei getrennten Verbindungen wie Verwitwung, Trennung oder Scheidung ist das Wahlverhalten wechselhafter.^{cxxxix} Auch bei Berufen lassen sich Unterschiede finden. Generell gilt, dass diejenigen die arbeiten oder studieren eine konsistentere Partizipation verfolgen.^{cxl}

Um dies zusammenzufassen habe ich Steffan Gómez Campos vom Estado de la Nación^{cxli}, in meinem Interview gefragt, welche sozioökonomischen Unterschiede die größten Auswirkungen auf die Höhe der Wahlabstinz haben. Seine Antwort war, dass sie dies zwar zu messen versuchten, die Nichtwähler jedoch ganz verschieden seien. Die bereits geschilderten geografischen Unterschiede sowie die damit einhergehende Unterschiede von Bildungsniveau und Wohlstand deckt sich mit den Ermittlungen des Estado de Nación, der daraus ebenfalls schloss, dass die ärmsten und am wenigsten gebildeten Menschen auch diejenigen mit der niedrigsten Wahlbeteiligung bei den nationalen Wahlen darstellen.^{cxlii}

Sozialökonomische Unterschiede sollten daher bei der Beurteilung und Untersuchung der Gründe für Nichtwählen nicht unterschätzt werden. Auf sie wird im Kapitel zu den Motiven daher genauer eingegangen werden.

6. Gründe für Nichtwählen und Politikverdrossenheit

Wie an den bereits geschilderten vielseitigen Einflüssen und daher breit gefächerten Umständen leicht erkennbar ist, sind die Gründe für den Rückgang der Wahlbeteiligung sehr vielseitig.^{cxliii} Zudem lassen sich nicht alle auf die Politikverdrossenheit zurückführen, jedoch macht diese einen nicht unbedeutenden Teil der Gründe für Nichtwählen aus.^{cxliv}

Der TSdE unterschied in seiner Studie 2003 für den Fall Costa Rica zwischen drei Arten von Motiven: technische Gründe, Desinteresse und politische Gründe, also Unzufriedenheit mit der politischen Situation (Parteien, Politiker etc.).

Dazu lassen sich Ansichten wie „Politik bringt nichts, fehlendes Vertrauen, kein Gefallen an den angebotenen Parteien und Kandidaten, Nichteinhalten von Versprechen und Enttäuschung von der Politik“ zählen.^{cxlv}

Daneben wurden in der Untersuchung von 2003 noch zwei weitere Gruppen gebildet: Eine, die zwar zunächst einen technischen, dann jedoch noch einen weiteren Grund des Desinteresses oder Unzufriedenheit angab, sowie eine Gruppe, die sowohl Desinteresse als auch politische Gründe anführte.^{cxlvi}

Aufgrund des Bezuges zu Costa Rica wird besonders auf die für dieses Land ermittelten Gründe für die gesunkene Wahlbeteiligung eingegangen. Aber auch weiteren Gründe, besonders allgemeinen Gründen der Politikverdrossenheit werde ich mich zuwenden.

Die Gründe für die Nichtwahl aus Motiven der Unzufriedenheit sowie die Gründe für

Politikverdrossenheit werden aufgrund ihrer Ähnlichkeit und oft auch Verbundenheit zusammen abgehandelt.

6.1 Technische Gründe für die Nichtwahl

Die technischen Gründe für Nichtwählen wurden bereits im Kapitel „Allgemeine Einführung in die Begriffe“ kurz angeschnitten und sollen daher an dieser Stelle nur kurz wiederholt werden. Zu diesen werden neben Krankheiten, das hohe Alter und sonstige persönliche Hindernissen, auch Schwierigkeiten wie z.B. keine Transportmöglichkeit zur Wahlkabine gezählt.^{cxlvii} Kurz gesagt werden sich diese nie zu 100% verhindern lassen.^{cxlviii}

Dennoch ist es der Repräsentativität der Gesellschaft wegen wichtig zu versuchen, diese auf ein Minimum zu reduzieren. In Costa Rica wurde zudem gemessen, dass unter denjenigen, die zwischen zwei Wahlperioden die Distrikte wechselten, die Zahl derer, die bei beiden Wahlen abstinent geblieben sind, um 5% höher war.^{cxlix} Dessen Ursache liegt vermutlich in den umzugsbedingten individuellen schwierigeren Umständen und der Eingewöhnungsphase.

6.2 Politische Gründe für die Nichtwahl und die Politikverdrossenheit

Wende ich mich nun den politischen Gründen, also den Gründen für die Unzufriedenheit, Enttäuschung oder Verärgerung über die Politik zu. Diese sind nicht nur häufig die Gründe für die Wahlenthaltung, sondern auch die Hauptmotive der Politikverdrossenheit:

Drei dieser Gründe sind die drohende Gefahr der Verarmung der Mittelschicht, die soziale Exklusion, die manche in der Überwindung ihrer Armut behindert, und die Ungleichheiten der Gesellschaftsschichten als Herausforderungen Costa Ricas im 21. Jahrhundert.^{cl}

Nicht umsonst gelten Armut und soziale Ungleichheit als zwei der Hauptgegner des Wohlstands der Gesellschaft Costa Ricas^{cli} gegen die es um des Wohles des Staates und der Gemeinschaft willen vorzugehen gilt. Daten aus einem Report der *Encuesta Nacional de Hogares* aus 2014, einer regelmäßig erhobenen Studie der nationalen Statistikbehörde (INEC) über die Lebenssituation der Einwohner Costa Ricas zeigte auf, dass über eine Million in Armut lebt, ein Drittel davon sogar in extremer Armut. Zudem gehe die Schere zwischen Arm und Reich aufgrund der zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung weiter auf: So lag 2014 das Durchschnittseinkommen der reichsten 20% der Bevölkerung bei 996.077 Cólones (ca. 1.470 Euro), während die Nettoeinkommen des ärmsten Fünftels im Schnitt 54.021 Cólones, also weniger als 80 Euro im Monat, betrug.^{clii} Der Gini-Koeffizient als Maßstab für Ungleichheit betrug 2014 48,53 (Null meint hierbei die gleichmäßige Verteilung der Einkommen und 100 absolute Ungleichheit).^{cliii}

Auch beim Bildungssystem existieren Defizite, die mit der Armut im Zusammenhang stehen: Nach Steffan Gómez^{cliv} würde der Anteil der Armen um die Hälfte sinken, „wenn die Arbeitnehmer ohne Schulabschluss den Mindestlohn erhielten, der ihnen zwar gesetzlich zusteht, de facto in vielen Fällen jedoch nicht gezahlt wird. Mindestens 585.000 Costa Ricaner könnten zudem ihrer prekären Lebenssituation entfliehen, wenn es gelänge, dass der berufsqualifizierende Schulabschluss landesweit die
Regel
werde.“^{clv}

Weiterhin stellt ein großes Problem die Tatsache dar, dass viele Sozialleistungen, die Betroffenen

gesetzlich zustünden, nicht gewährt werden können, da dem Staat die Einnahmen dafür fehlen. Der Bericht der KAS benennt dieses Problem als direkten Verursacher der „Unzufriedenheit der Bürger mit politischen Entscheidungsträgern, die in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat.“^{clvi}

Es ist demnach gut vorstellbar, dass sich besonders die von diesen Problemen betroffenen Bürger von der Politik nicht gut vertreten und ihre Probleme als nicht ernst genommen fühlen. Die fehlende Information über mögliche Vorschläge während des Wahljahres wirkt dann auch nicht förderlich.^{clvii} Nach Angaben von Costa Ricanern, wie z.B. einer Dame namens Doña Teresa^{clviii}, fehlt es auch während der Legislaturperioden an Kontakt zwischen den Parteien und den Bürgern Costa Ricas. Die Politik wirkt daher für manche Bürger weit weg, man fühlt sich von dieser nicht beachtet und nicht in der Position etwas ändern zu können.

Die Möglichkeit des Zugangs zu Informationen und zur Teilnahme muss den Bürgern in einem demokratischen System gegeben sein, damit diese Rechenschaftsablegung und Transparenz von ihren Regierenden fordern können. Nicht nur in Korruptionsfällen, sondern auch um die gemeinsame Verantwortung und den Konsens zwischen der Regierung und seinen Bürgern zu stärken.^{clix} Hat der Bürger das Gefühl, dass ihm dies verwehrt bleibt - wie es in Costa Rica bei einigen der Fall ist^{clx} - so ist es durchaus nachvollziehbar, dass diese Unzufriedenheit in Politikverdrossenheit und gegebenenfalls in Wahlmüdigkeit umschlägt.

Wie bereits des Öfteren angeklungen, ist einer der Hauptgründe für das „malestar con la política“ die Korruption der Politiker. Dies wurde auch in den Umfragen der Jahre 2007 und 2011 als Hauptmotiv (z.B. 2007: 61,2%, die meisten Betroffenen (67,8) von der PUSC) für die Verfremdung und Distanzierung von der Partei; mit der man bisher sympathisierte, aufgeführt.^{clxi}

Bei der Studie von 2007 gaben fast 70% an infolge der Korruptionsskandale von drei ehemaligen Präsidenten sehr in ihrem Vertrauen in (68,4%) und in ihrer Meinung über Politiker (65,9%) beeinflusst zu sein. 51,3% wurden zudem bei ihrer Absicht zu wählen (hierbei die Abstinente bleibenden deutlich mehr als die Wähler) und immerhin 49,3% bei der Sympathie für ihre Partei stark beeinflusst.^{clxii}

Der zweite Punkt, der ebenfalls in meinen Interviews ständig genannt wurde, war das Motiv „Nichteinhaltung von Versprechen“ (2007: 18%, v.a. PUSC und PLN betroffen).

Dieselben zwei Gründe stellen die Hauptursachen für das Nichtwählen gemäß den Fragebögen da: Korruption 2007 29%, Nichteinhalten der Versprechen 27,7%. Gefolgt von dem fehlendem Vertrauen in die Politiker (20,5%). Die Ergebnisse 2011 waren sehr ähnlich, differierten jedoch darin dass an dritter Stelle die Enttäuschung von der Politik mit 10,5% genannt wurde. Das Misstrauen gegenüber den Politikern wurde lediglich von 7,6% als Ursache und damit an vierter Stelle angegeben.^{clxiii}

Bei einer Umfrage von Forscher der *Maestra Centroamericana de Ciencia Política y del PROCESO* wurden ebenfalls als Hauptgründe für die Unzufriedenheit mit der Politik das Nichteinhalten von Versprechen (29,7%), die Korruption (22,9%) und die fehlende Glaubwürdigkeit (12%) genannt.^{clxiv}

Der Bruch der Wahlversprechen ist dabei kein neues Phänomen, sondern wurde schon Anfang der 90er Jahre als Grund für die Verärgerung über die Politik in Betracht gezogen.^{clxv}

Bei den Nichtwählern ist im Hinblick auf ihre Gründe für dieses Verhalten zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden, nämlich ob diese sich gänzlich aus der Politik zurückziehen oder (und diese Gruppe stieg im Gegensatz zur ersteren von 2007 auf 2011 signifikant an), zwar den Wahlen fernbleibt, jedoch trotzdem andere Möglichkeiten der politischen Meinungsäußerung und Partizipation, z.B. durch Teilnahme an Protestmärschen, wahrnimmt und somit die Stimme gegen die Verärgerung über die Politik und das Misstrauen erhebt.^{clxvi} Während die erste scheinbar die Hoffnung aufgegeben hat oder einfach grundsätzliches Desinteresse für die politischen Vorgänge hegt, ist die zweite zwar unzufrieden mit der momentanen Situation und evtl. auch mit dem Wahlsystem im Allgemeinen, scheint aber noch Hoffnung auf Verbesserung zu haben bzw. ist gewillt sich für Veränderungen in der Politik einzusetzen. Bei den Untersuchungen des TSdE wird vermutet, dass die zweite Gruppe einen höheren Bildungsstand aufweist und sich der Möglichkeiten Veränderungen zu fordern und voranzutreiben bewusster ist.^{clxvii}

Hier zeigen sich also wieder sozioökonomische Unterschiede, welche die Probleme noch verstärken könnten, da die erste Gruppe so die Möglichkeit verliert Gehör und damit Einfluss zu gewinnen.^{clxviii} 1998, als erstem Jahr mit höherer Wahlabsistenz wurden dabei als Gründe aufgeführt:



Wie sich hier zeigt, haben 2 von 3 der interviewten Personen angegeben, dass sie aus Verärgerung oder Unzufriedenheit mit der Politik nicht gewählt haben.

Wie bereits 1998 überwogen auch 2002 die politischen Gründe für die Nichtwahl, wobei sie 9% weniger einnehmen als 1998 und zudem die technischen Gründe immerhin fast 40% ausmachen. Dafür hat das Desinteresse um 7% zugenommen.^{clxx}

Beim Vergleich lässt sich nun festhalten, dass einige die 1998 aufgrund des nichtzufriedenstellenden Parteien- und Kandidatenangebots nicht gewählt haben, im Jahr 2002 nun anscheinend zufriedener wieder wählten, dafür aber technische Hindernisse einen beachtlichen Anstieg ausmachten. Außerdem nahmen bis auf die Kategorie Enttäuschung von der Politik die anderen politischen Gründe sowie das Desinteresse im Wahljahr 2002 zu.^{clxxi}

Bei der Analyse, warum manche 2002 wieder wählten (die 1998 nicht gewählt hatten), kam heraus, dass die Hoffnung bzw. das Interesse angestiegen sei.

Die Ursache dafür werden in der Möglichkeit, die neue Partei *Acción Ciudadana* zu wählen oder auch in neuen Personen wie der Figur Abel Pacheco de la Espriella vermutet.^{clxxii}

Ein weiteres Motiv für das Nichtwählen ist die fehlende Identifikation mit einer bestimmten Partei. Vielmehr steigt nach Sánchez in fast allen Ländern die Wahlvolatilität, d.h. das sich ständig ändernde Wahlverhalten an.^{clxxiii} Besonders in Costa Rica kommt dies häufig vor: Bei der Umfrage 2007 gaben 15% an, mit keiner Partei zu sympathisieren, obwohl sie mal eine präferiert hatten, rund 23% hatten noch nie mit einer Partei sympathisiert. Die 61,9% die damit 2007 eine bestimmte Partei sympathisierten, sind damit etwa 20% weniger als bei der Wahl 1986-1990.^{clxxiv} Seit 2010 sympathisieren sogar weniger als 40% mit einer bestimmten Partei.^{clxxv}

Dies lässt vermuten, dass ein Teil der Wahlberechtigten nicht zur Wahl geht, da er schlichtweg keine Partei im Kopf hat, der er seine Stimme geben möchte. Damit verbunden ist zudem, dass es durch hohe Wahlvolatilität und dem daraus resultierenden ständigen Wechsel von Machtverhältnissen in der *Asamblea Legislativa* (dem Parlament Costa Ricas) den Parteien erschwert wird, ihre Wahlversprechen und -vorschläge durchzusetzen. Dies wiederum verstärkt die Verärgerung der Bürger über nicht eingehaltene Versprechen und kann die Politikverdrossenheit sowie die Wahlabstinenz erhöhen.

Darüber hinaus trägt das politische System zum Teil zur erschwerten Durchsetzung von Wahlversprechen und Parteienforderungen bei, da nach jeder Legislaturperiode das gesamte Parlament erneuert, d.h. neu besetzt wird, was es schwieriger macht langwierige Projekte zu verfolgen.

Dieser Punkt des politischen Systems Costa Rica ist einer, dessen Änderung von vielen Seiten mittlerweile erstrebt wird. So gaben auch Hugo Picado León und Steffan Gomez Campos diesen als einen Aspekt an, den sie am Wahlsystem verändern würden.^{clxxvi}

Durch die zunehmende Präsenz der Medien, kommt den Parteien in den letzten Jahrzehnten weniger Verbreitung von Informationen an die Bevölkerung und damit auch weniger Kontaktaufnahme zur Bevölkerung zu.^{clxxvii} Dieser fehlende Kontakt zu Parteien und die damit einhergehende abnehmende Identifikation mit diesen kann sich (nach Rosenstone und Hansen (1993) war dies der Fall in den USA) in einem Niedergang der Wahlbeteiligung niederschlagen.^{clxxviii}

Diese - in Anbetracht der zahlreichen unterschiedlichen Charakteristiken des politischen Systems und der Nichtwähler mit Sicherheit noch nicht vollständige - Aufzählung an Gründen für das Nichtwählen aus technischen oder politischen Gründen sowie den Motiven für Unzufriedenheit mit der Politik zeigt, dass dieses Thema keinesfalls leicht zu greifen und noch schwieriger anzugehen ist. Aufgrund der Vielseitigkeit der Motive, muss die Politik also verschiedene Lösungswege ergreifen.^{clxxix}

7. Folgen der hohen Wahleuthaltung

Bevor wir uns den Lösungsansätzen dieses komplexen Themas widmen, wird zunächst noch einmal ausführlicher auf die weitreichenden Folgen der hohen Wahleuthaltung eingegangen, um dessen Bedeutung in den die Demokratie bedrohlichen Tendenzen aufzuzeigen.

Die wohl größte und wichtigste Folge ist dabei die Frage nach der Legitimität der gewählten Regierung und des Präsidenten. Wie bereits in einem früheren Kapitel erwähnt könnte ein Kandidat bei derzeitiger hoher Wahlenthaltung mit nur 27,6% Unterstützung von allen Wahlberechtigten^{clxxx} gewählt werden. Dies bedeutet, dass er nur eine Minderheit als tatsächliche Unterstützung hinter sich hätte, was seine Funktions- und Durchsetzungsfähigkeit, sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung infrage stellen könnte.

Eine weitere logische Folge der Nichtbeteiligung ist, dass die Stimmen der tatsächlichen Wähler nun mehr wert sind. Dies jedoch führt wiederum dazu, dass vermutlich hauptsächlich bereits etablierte Parteien von der geringen Wahlbeteiligung profitieren, da sie die gleiche Macht auch durch weniger Stimmen erhalten können. Niedrige Wahlbeteiligung könnte damit genau das Gegenteil bewirken, was Nichtwähler eigentlich beabsichtigen: Statt durch das Nichtwählen die Parteien zu bestrafen, mit denen nicht zufrieden sind, tragen sie zur Erweiterung deren Macht bei.^{clxxxi}

Letztendlich werden durch eine Nichtwahl also alle Parteien, die man nicht gewählt hat, proportional zu ihrem Stimmenanteil unterstützt und es schadet der Partei, die man gewählt hätte, wäre man zur Wahl gegangen.^{clxxxii} Dies zeigt bereits wie die Wahlbeteiligung zur „[...]strategischen Größe, die Mehrheitsverhältnisse, Koalitionsmöglichkeiten und Regierungsbildungen beeinflusst[...]“^{clxxxiii} wird.

In einem Artikel der Zeit vom 31. Juli 2013 findet sich zudem folgende treffende Aussage: „Der Nichtwähler ist der einzige, der unter Garantie nicht das bekommt, was er will.“^{clxxxiv} Wer sich Veränderung wünscht, sollte also selbst politisch aktiv werden oder zumindest „Das kleinere Übel“^{clxxxv} wählen. Auch bezüglich verschiedener sozialer oder auf andere Weise definierten Gruppen wie z.B. Altersgruppen kann niedrige Wahlbeteiligung weitreichende Folgen haben: Wenn die jüngeren Wahlberechtigten kaum wählen, bei den älteren Wahlberechtigten die Wahlbeteiligung jedoch deutlich höher ist, so dominiert diese Gruppe in der Politik^{clxxxvi} - und trifft gegebenenfalls Entscheidungen, die die Jüngeren tragen und deren Konsequenzen sie im schlimmsten Fall tragen müssen. Ein dafür bekanntes und viel diskutiertes Beispiel in Deutschland ist die Hochsetzung des Renteneintrittsalters.

Eine weitere besorgniserregende Folge der Wahlenthaltung ist, dass besonders das Drittel der Wahlberechtigten, die sich enthalten, sich also aus den Wahlprozessen ausschließen, zu einem großen Teil bereits auf sozialer, kultureller und ökonomischer Ebene ausgeschlossen ist.^{clxxxvii} Indem sie sich von den Wahlen zurückziehen, fallen sie und ihre schwierige Situation folglich noch weniger ins Auge. Weiterhin haben sie weniger Zugang zu Verbesserungsmöglichkeiten sowie geringe Chancen, Druck auf die Politik und die Gesellschaft auszuüben, um Veränderungen zu bewirken.^{clxxxviii} Eine niedrige Wahlbeteiligung kann demnach als „sozial ungleiche Wahlbeteiligung“^{clxxxix} bezeichnet werden.

Auch die international vergleichende Forschung erwies, dass je niedriger die Wahlbeteiligung ist, desto stärker diese sozial verzerrt ist.^{cx} Verstärkt wird diese Verzerrung, wenn sich - während die Wahlen als weniger sozial verzerrte Beteiligungsform (zumindest bei hoher Wahlbeteiligung - unwichtiger werden, andere Formen politischen Engagements wie Bürgerbewegungen, Petitionen oder Produktboykotts aus politischen Systemen sich ausbreiten. Denn solche werden mit sehr großer Wahrscheinlichkeit von gebildeten Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen ausgeübt. Dies bestätigte ein Vergleich

der politischen Partizipation in sechzehn Ländern Europas.^{cxc} Daher repräsentieren diese Formen der politischen Beteiligung nicht zwangsläufig die Gesamtheit der Gesellschaft.

Bei meinem Gespräch mit Hugo Picado León machte mich dieser zudem mit zwei verschiedenen Sichtweisen auf die Folgen von hoher Wahlabstinz vertraut:^{cxcii}

Zum einen könnte man diese so sehen, dass man sich bei niedriger Walbeteiligung keine großen Sorgen machen muss, da diese einfach aufzeigt, dass das demokratische System scheinbar so gut funktioniert, dass der Bürger mit diesem zufrieden sind und dessen Ausübung lieber den Experten überlässt. Diese Sichtweise dominiere z.B. in den USA. Die niedrige Wahlbeteiligung wird somit nicht als ein Alarmzeichen gesehen, sondern viel mehr als Resultat eines gut funktionierenden Systems.

Rudolf Augstein weist in einem interessanten Zitat auf eine ähnliche Sichtweite hin: „Es kommt nicht so sehr darauf an, dass die Demokratie nach ihrer ursprünglichen Idee funktioniert, sondern, dass sie von der Bevölkerung als funktionierend empfunden wird.“^{cxciii}

Die zweite mögliche Sichtweise hingegen hält hohe Wahlabstinz für ein großes Problem, so dass Maßnahmen ergriffen werden sollten, um den Bürger zum Wählen zu überreden. Der Direktor von IFED wies auch daraufhin, dass es genauso Demokratien mit niedriger Beteiligung gibt, die sehr gut funktionieren wie es Demokratien mit hoher Beteiligung gibt, die gut funktionieren. Die gleiche Frage stellte ich auch an Steffan Gómez Campos.^{cxciv} Seine Antwort bezog sich auf das Wählerverhalten: Die größte Konsequenz der hohen Wahlabstinz wäre demnach die hohe Wahlvolatilität. Dies ist deshalb ein großes Problem, da die Parteien eine permanente Unterstützung ihrer Wähler benötigen, um Legitimität zu haben und zu halten.

Es ist festzustellen, dass eine niedrige Wahlbeteiligung durchaus weitreichende Folgen verursacht, auch wenn diese unterschiedlich beurteilt werden kann und nicht ohne genauere Untersuchung ausschließlich negativ gesehen werden sollte.

8. Lösungsmöglichkeiten für Costa Rica

Da Nichtwahl vor allem aufgrund politischer Gründe sowie Politikverdrossenheit zweifelsohne große Probleme darstellen, wird im nächsten Schritt auf mögliche Lösungsansätze diesbezüglich eingegangen. Hierfür werde ich sowohl allgemeine Lösungsansätze zur Erhöhung der Wahlbeteiligung, die weltweit diskutiert werden und die auch für Costa Rica vorstellbar sind, nennen als auch eher spezifische Lösungsmöglichkeiten für Costa Rica genauer erörtern. Zuerst werden technische Lösungsansätze genannt, bevor ich detailliert die Lösungswege bezüglich der politischen Gründe für Wahlenthaltung und für Politikverdrossenheit darstelle.

8.1 Lösungsansätze zur Reduzierung von technischen Gründen

Bereits in den letzten Jahren (Stand 2006) hat der TSdE einige neue Wahlzentren im nationalen Territorium geschaffen, um es den Wahlberechtigten die Wege zu den Wahlurnen zu verkürzen und zu vereinfachen..^{cxcv}

Zudem kann seit 2014 kann auch aus dem Ausland gewählt werden.^{cxcvi} Allgemeine Möglichkeiten, die

Wahlmöglichkeit in technischem Sinne zu erleichtern wären Stimmabgabe während eines längeren Wahlzeitraumes z.B. eine Woche oder die Idee der "Wahlkabinen im Supermarkt" (Yasmin Fahimi). Auch Online-Stimmabgabe wäre eine kostengünstige und zudem ortsunabhängige Variante.^{cxcvii} Weiterhin wäre die Einführung der Briefwahl eine Idee, um das Wählen einfacher und unkomplizierter zu gestalten.^{cxcviii}

Generell hat Costa Rica bereits ein sehr fortschrittliches Wählerverzeichnis aufgrund erleichterter Einschreibung zur Wahl. Nach Hugo Picado ist dieses sogar eins der „vollständigsten des ganzen Planeten“.^{cxcix}

8.2 Lösungsansätze zur Reduzierung der politischen Gründe für Wahlenthaltung, sowie zum Angehen der Politikverdrossenheit

Wie bereits des Öfteren erwähnt, ist das beste Mittel gegen Unzufriedenheit, selbst politisch aktiv zu werden. Dafür gibt es nicht nur die Möglichkeit der Parteimitgliedschaft.^{cc}

Vielmehr gibt es eine Vielzahl von Vereinen, gemeinnützigen Organisationen und Initiativen, über welche politisches Engagement möglich ist und seiner Stimme Ausdruck verliehen werden kann. Wichtig in diesem Falle ist, dass der Staat sich diesen Ausdrucksformen von politischer Meinung zuwendet und sich vor diesen nicht verschließt.

Im Fall Costa Rica gibt es durchaus bereits verschiedene Angebote für eine derartige Partizipation jenseits der Stimmabgabe bei Wahlen. Diese reichen von einem Politiker bei der Kampagne helfen, über Verfassungsbeschwerden bis hin zu Protestmärschen.^{cci}

Leider werden diese Möglichkeiten bisher nicht oft ergriffen, wenn gleich sie doch von 2007 auf 2011 deutlich angestiegen sind (beispielsweise haben nur 18,6% bei den Umfragen 2007 angegeben, dass sie bereits an Protestmärschen teilgenommen haben oder es sich in Zukunft vorstellen könnten, 2011 waren es bereits 34,1%).^{ccii}

Zudem zeigten die Bewertung durch die Personen, welche bereits an traditionellen Aktionen, wie beispielsweise der Unterstützung eines Politikers bei seiner Kampagne, teilgenommen hatten, bezüglich der Effizienz dieser Aktionen, dass diese oft keine zufriedenstellenden Antworten seitens der Politiker erfahren hätten. Aus diesem Grund nahm vor allem die Offenheit gegenüber Protestmärschen zu.^{cciii}

Auch die Partizipation in Organisationen ist in Costa Rica eher niedrig. So gab 2011 weniger als ein Drittel an, in den letzten fünf Jahren an einer kommunalen Organisation, einer Gruppe von Nachbarn oder an einem Ausschuss für Verbesserungen der Gemeinschaft teilgenommen zu haben. Obgleich diese Form der Partizipation am aktuellen Geschehen zumindest seit 1998 (damals 12,8%) deutlich zugenommen habe.^{cciv}

Im Allgemeinen hat jede Form der Partizipation und die Anzahl derer, die sich vorstellen könnten, diese wahrzunehmen, zwischen 2007 und 2011 zugenommen.^{ccv}

Die Wahrnehmung hinsichtlich der Effizienz der bürgerlichen Aktion wurde hingegen (mit Ausnahme auf die Beurteilung von Protestmärschen) negativer.^{ccvi}

In den letzten Jahren nahm zudem die Bereitschaft zu protestieren ab, was allerdings dem engeren Kontakt zwischen der aktuellen Regierung (2014-2018) mit bestimmten Gruppen, die für ihre Protestbereitschaft bekannt waren, und der Verabschiedung von Gesetzen zur Umsetzung der Interessen dieser Gruppen zu verdanken ist.^{ccvii}

Auf Grund solcher Erfolge sollten diese Möglichkeiten weiterhin staatlich gefördert und ausgeweitet werden, um dem Bürger das Interesse an seinem Willen zu zeigen und ihm zu verdeutlichen, dass er gehört wird. Dadurch kann auch das Politikinteresse generell wieder gestärkt werden.

Um dem hohen und wichtigen Stellenwert der bürgerlichen Partizipation verfassungsmäßig Ausdruck zu verleihen und ihn anzuerkennen, wäre ein Lösungsansatz die Erlassung eines Gesetzes zur bürgerlichen Partizipation, wie es in den zentralamerikanischen Ländern Honduras und Nicaragua bereits existiert.^{ccviii}

Auch ein Gesetz über den Zugang zu öffentlicher Information, welches ebenfalls z.B. in Honduras und Nicaragua gibt, existiert in Costa Rica noch nicht.^{ccix} (Zwar erkennt Costa Rica immerhin in den Artikeln 27, 30 und 46 das Recht des Zugang zur Information an, jedoch gibt es keine leitende Behörde, die sich um dieses Recht kümmert. Es ist jedoch möglich bei solchen Ersuchen den Weg über die Rechtsprechung zu gehen.^{ccx})

Die Erlassung eines spezifischen Gesetzes wäre ein guter Anfang, um den Willen der Regierenden, den Bürgern Zugang zu Informationen zu gewähren, zu zeigen und durch die Etablierung einer direkten Anlaufstelle bei Informationsgesuchen im besten Falle das Politikinteresse wieder zu stärken. Leider gab es in Costa Rica im Gegensatz zu Guatemala, Honduras, El Salvador, Nicaragua und Panama noch keine präsidentielle Initiative zur bürgerlichen Partizipation.^{ccxi} Eine solche könnte den Bürgern ebenfalls neues Vertrauen in den Willen zum Kontakt zur Bürgerschaft vermitteln.

Weiterhin sehr wichtig ist das zur Verfügung stellen von ausreichenden und umfassenden Informationen durch den Staat an die potentiellen Wähler.

Hierbei könnte z.B. die politische Bildungsarbeit des IFED stärker gefördert und ausgeweitet werden. Es muss Transparenz bezüglich des Wahlprozesses, aber auch der Vorschlägen und Kampagnen gegeben sowie Ansprechpartner bei Fragen auffindbar und leicht zu kontaktieren sein sollten.

Während des Wahlprozesses ist die Rolle der Medien nicht zu unterschätzen: Oft als „Vierte Gewalt im Staate“^{ccxii} bezeichnet, sind diese in der Lage die Meinung vieler Bürger nachdrücklich zu beeinflussen bzw. auf die Meinungsbildung einzuwirken.^{ccxiii} Demnach sollte gerade auf gerechte Berichterstattung im Sinne der Presse- und Meinungsfreiheit geachtet werden. Daneben ist die Vermeidung von *fake-news* erstrebenswert.

Eine weitere Idee, um vor allem das Politikinteresse der Jugendlichen zu wecken und diese zu politischem Engagement zu animieren, sind Juniorwahlen, wie sie z.B. in Deutschland seit 1999 parallel zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen an Schulen durchgeführt werden. Hierbei handelt es sich um simulierte Wahlen, bei denen Schüler ihre Stimme abgeben dürfen. Zudem werden sie an Themen wie Demokratie und Wahlen herangeführt und lernen das politische System besser kennen und zu verstehen.^{ccxiv}

Ein anderer möglicher Lösungsansatz, um das Interesse für Politik bei den Jugendlichen zu steigern, wäre die Herabsetzung des Wahlalters (beispielsweise auf 16 Jahre). Hätten Jugendliche früher die Möglichkeit ihre Meinung einzubringen und etwas zu bewirken, kann gehofft werden, dass sie dieses stärker nutzen würden - in der gleichen Weise, in der auch das Frauenwahlrecht zu hoher Wahlbeteiligung in dieser

Gruppe führte.

Zudem wäre die Gruppe der jüngeren Wähler dann stärker vertreten, was ein Gegengewicht gegenüber der höheren Wahlbeteiligung der älteren Generationen setzen würde.^{ccxv} Das Wahlalter auf zu 16 senken, um eventuell die jungen Leute vermehrt zum Wählen zu animieren und ihnen durch die frühere Möglichkeit der Einflussnahme und ihr Politikinteresse zu wecken, war in Costa Rica bisher noch nicht im Gespräch.^{ccxvi} Erst Anfang der 70er Jahre wurde das Wahlalter von 21 auf 18 Jahre gesenkt.^{ccxvii}

Eine mögliche Maßnahme, die jedoch kritisch zu betrachten ist, wären zudem die Einführung der Wahlpflicht und Sanktionen für die Nichtwahl.

Diese ist jedoch äußerst fragwürdig, da dies zwar die Wahlbeteiligung deutlich erhöht, diese quasi erzwungene Erhöhung aber nicht unbedingt gleichzusetzen ist mit der bewussten Wahl einer Partei und einem Interesse für die Wahlvorgänge. Denn oft führt in Ländern mit Wahlpflicht, wie mir von Hugo Picado anhand dem Beispiel Ecuador erläutert wurde, diese einfach zu einer höheren Anzahl von ungültigen Stimmen, was letztendlich auf eine ähnliche Zahl der Wahlmüdigkeit schließen lässt.^{ccxviii} Señor Picado erklärte zudem, dass die Möglichkeit der Stimmabgabe für die Costa Ricaner, ein Recht, eine öffentliche Freiheit sei – und deswegen nicht zu einer Verpflichtung gemacht werden sollte.^{ccxix} Zudem scheint die Wahlpflicht mit Strafandrohung auch wenig demokratisch im Angesicht der Freiheit als wichtigem demokratischen Grundwert. Schließlich sollte jedem auch die Freiheit zustehen, sich der Entscheidung zu entziehen.

Des Weiteren sollten die Parteien Costa Ricas sich bemühen, ihr Image zu verbessern und realistische Wahlvorschläge abzugeben, die sie dann auch bestmöglich einhalten können. Dies könnte über öffentliche Veranstaltungen wie politische Seminare für verschiedene Altersklassen und Wahlveranstaltungen, die mit spaßigen Events wie Kochabenden oder Kinderfesten verbunden werden könnten, umgesetzt werden.

Weitere mögliche Lösungsansätze wären Veränderungen im Wahlsystem Costa Ricas. Wie bereits erwähnt, wird mit jeder neuen Legislaturperiode das Parlament neu besetzt, was dazu führt, dass langwierige Projekte gegebenenfalls schwieriger umzusetzen sind. Dies wird von manchen Seiten bereits diskutiert, benötigt aber eine Änderung der Verfassung. Eine solche Änderung wird nur mit einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ erreicht, ist also schwer umsetzbar.^{ccxx}

Weitere interessante Maßnahmen, die Hugo Picado León zur Änderung des Wahlsystems ergreife würde, wären unter anderem Initiativen zur Reduzierung der Anzahl der Parteien.^{ccxxi} Eine solche Maßnahme könnte eventuell die Identifikation mit Parteien wieder fördern, was sich positiv auf die Wahlbeteiligung auswirken würde. Außerdem benennt er noch Initiativen, damit die Parteien anfangen Koalitionen zu bilden – ein Punkt, der auch Steffan Gómez Campos sehr am Herzen lag.^{ccxxii} Dies würde die Artikulation der Interessen, die notwendig für eine Demokratie ist, erleichtern.^{ccxxiii}

Wie man sieht, existieren zahlreiche und unterschiedlichste Möglichkeiten das Problem der Politikverdrossenheit und Wahlenthaltung zu bearbeiten.

Betroffenen Ländern wie Costa Rica sollte demnach ans Herz gelegt werden, diejenigen auszuwählen, die für sie gemäß ihrer Struktur und ihrem Charakter am geeignetsten erscheinen, und umzusetzen.

9. Ausblick und Schlussgedanken

Pläne für Lösungen sind wichtig, doch letztendlich kommt es drauf an, ob diese auch umgesetzt werden können. Daher habe ich den Direktor der IFED, Hugo Picado León gefragt, wie er vermutet, dass die Lage in Costa Rica sich entwickeln wird.^{ccxxiv} Seine Antwort war, dass er nicht glaube, dass die Zahl der Wahlenthaltung zurückgehen wird, da es ihm bereits wie ein ziemlich stabiles Phänomen vorkommt. Zudem vertritt er die Ansicht, dass die Korruptionsfälle in letzter Zeit ein negatives Licht auf die Parteien werfen und dadurch negative Auswirkungen haben könnten.

Jedoch ist interessant, dass beispielsweise in den letzten Wahlen in der Bundesrepublik Deutschlands, vom 24. September 2017, die Wahlbeteiligung überraschend anstieg^{ccxxv}, obwohl sie in den letzten Jahrzehnten eher abnahm.^{ccxxvi} Dies deutet daraufhin, dass langfristige Phänomene wie die sinkende Wahlbeteiligung, sich plötzlich ändern können – z.B. durch Themen, die großes Interesse oder Emotionen wecken, wie dies bei der Flüchtlingskrise in Bezug auf die BRD der Fall war.^{ccxxvii}

Die Maßnahme, die bürgerliche Partizipation zu fördern, scheint auf jeden Fall seit etwa den 90ern schon auf einem sehr guten Weg zu sein.^{ccxxviii} Gespräche über Änderungen an den Strukturen des Wahlsystems finden zum Teil schon statt. Allerdings sind Strukturereformen schwer umzusetzen.^{ccxxix} Indem man diese anstrebt, befindet man sich zunächst scheinbar in einem Teufelskreis, da Änderungen an der Verfassung ohne Koalitionen kaum zu erreichen sind, und die Notwendigkeit Koalitionen einzugehen ist manchen Parteimitgliedern noch eher unvertraut und daher für sie bisher unverständlich ist. Nach Steffan Gómez tritt jedoch bereits eine neue Generation Jugendlicher in die Politik ein,^{ccxxx} die einen Wechsel herbeiführen könnte.

Daher kann man durchaus darauf hoffen, dass es auch im Parlament Costa Ricas in naher Zukunft zu Koalitionen und dann zu den notwendigen Änderungen kommen könnte. Weiterhin sind die zahlreichen Untersuchungen des TSdE und des Estado de Nación auf jeden Fall als sehr positiv und fortschrittlich zu bewerten, da sie regelmäßig ein genaues Bild der derzeitigen Lage ermöglichen, sodass mögliche Probleme und Lösungsansätze geschlussfolgert werden können. Mithilfe dieser können Maßnahmen ermittelt und angegangen werden.

Insofern malt sich das Bild nicht so negativ, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Dennoch sollte den Dingen im Moment nicht einfach ihren Lauf gelassen werden, sondern die im vorigen Kapitel aufgeführten Lösungswege sollten abgewogen, ausprobiert und aktiv verfolgt werden. Über Informationen und Angebote für bürgerliche Partizipation neben den Wahlen sollte die politische Kultur den Costa Ricanern wieder näher gebracht werden. Der TSdE unterstützt die Informationskundgabe bereits mit dem Wahlprojekt „Un voto informado es un voto inteligente“, zu dt. „Eine informierte Stimme ist eine intelligente Stimme“.^{ccxxxi}

Darüber hinaus wies der Präsident des TsdE, Luis Antonio Sbrado González, in seiner Rede bei der Eröffnungsfeier der Wahlperiode am 4.10.17 darauf hin, wie wichtig es ist, dass die jungen Wähler für ihre Zukunft wählen und das den Älteren bewusst ist, dass sie über die Zukunft der jüngeren Generationen mitentscheiden.^{ccxxxii}

Es ist also zu hoffen, dass auf diesem Weg dem Nichtwählen, das auf fehlender Information beruht, Einhalt geboten werden kann.

Nicht zuletzt möchte ich mit Hugo Picado León betonen, dass es nicht immer auf die Höhe der Wahlbeteiligung ankommt. Viel wichtiger ist die Meinung der Bürger über ihre Politik und sollte diese nicht gut sein, muss aktiv daran gearbeitet werden, nicht nur das Ansehen wiederherzustellen, denn dies würde bedeuten den Baum nur wieder Blätter anzumalen. Nein, viel mehr muss die Politik auch an den Wurzeln, in diesem Falle an Parteien und dem System, ergriffen, neu genährt und verbessert werden, so dass der Baum der Demokratie in naher Zukunft schöner denn je blühen wird.

In Costa Rica haben die Parteien und Politiker viel ihres Prestiges verloren – die meisten in Costa Rica gehen zwar wählen, doch viele von diesen Wählern vertreten dennoch die Meinung, dass den Politikern und Parteien heutzutage nicht vertraut werden könne.^{ccxxxiii} Dieses Problem gilt es, ebenso wie das Problem der Korruption, in Costa Rica anzugehen. Nach meinen Recherchen und Gesprächen mit Experten habe ich den Eindruck, dass Costa Rica bereits auf einem guten Weg ist, was dies betrifft.

Während in Costa Rica der Wahlkampf am 4. 10.17 offiziell begonnen hat, ist er in Deutschland bereits vorbei und die Ergebnisse stehen fest. Nicht wenige Neuerungen bringen die Ergebnisse mit sich: Die AfD wird erstmals und als drittstärkste Kraft in den Bundestag einziehen.^{ccxxxiv} Nach langen Debatten stimmt nun die SPD innerhalb ihrer Partei zwischen dem 20.2. bis 2.3.18 darüber ab, ob es wieder zu einer Große Koalition kommen wird.^{ccxxxv}

Außerdem gibt es erstmals seit den 1950er Jahren nun sechs Fraktionen im Bundestag^{ccxxxvi} – also eine erhöhte Fragmentierung der Parteien, die eine Entscheidungsbildung erschweren könnte. Damit befindet sich die Bundesrepublik Deutschland in einer ähnlichen Lage wie Costa Rica, in dessen Asamblea Legislativa Abgeordnete aus neun verschiedenen Parteien sitzen. Es bleibt mit Sicherheit spannend, inwieweit sich die Stimmung und Arbeit des Bundestages in dieser neuen Zusammensetzung ändern wird.

Sehr erfreut wurde wahrgenommen, dass die Wahlbeteiligung in Deutschland um 4,7 Punkte auf 76,2% anstieg. Es ist zu hoffen, dass sich dieser Trend vielleicht auch in Costa Rica fortsetzt, damit möglichst wenige Bürger, wie es Abraham Lincoln ausdrückt am Ende «(...) ihren Hintern (...) verbrennen [müssen] (...)»^{ccxxxvii}, sondern viel mehr das Feuer der Demokratie jedes Herz und jeden Herd erwärmen möge.

Verweise/Literaturverzeichnis

ⁱ Gefunden auf: watson % FixxPunkt AG (Hrsg.): Nach diesen 22 Zitaten zum Thema Demokratie wünscht man sich fast, die Schweiz hätte einen König.

<http://www.watson.ch/Schweiz/Wissen/895022858-Nach-diesen-22-Zitaten-zum-Thema-Demokratie-w%C3%BCnscht-man-sich-fast--die-Schweiz-h%C3%A4tte-einen-K%C3%B6nig> (Stand: 2.10.17).

ⁱⁱ Zum Vergleich: In der Bundesrepublik Deutschland betrug die Wahlbeteiligung 2013 71,5%, die Aktuelle Wahlbeteiligung in Dtlid:76,2% s. Schluss der Arbeit.

ⁱⁱⁱ Eva, Johannes (Hrsg.): Wahl-beteiligung bei Bundestags-wahlen <https://bundestagswahl-2017.com/wahlbeteiligung/> (Zugriff: 19.9.2017).

^{iv} Vgl. Abschnitt der Geschichte.

^v Bibliographisches Institut GmbH (Hrsg.): Politikverdrossenheit.

<http://www.duden.de/rechtschreibung/Politikverdrossenheit> (Zugriff: 25.8.17).

^{vi} Vgl. Thumfarth, Alexander (Hrsg.): Elementare Felder der Sozialwissenschaften: PD Dr. habil. Alexander Thumfarth, Politische Theorie, Universität Erfurt: Einführung in die Politikwissenschaft:

[https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/public-](https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/public-docs/PT_Thumfarth/Vorlesungsfolien%20Einfuehrung%20in%20elementare%20Felder%20der%20Sozialwissenschaften.pdf)

[docs/PT_Thumfarth/Vorlesungsfolien%20Einfuehrung%20in%20elementare%20Felder%20der%20Sozialwissenschaften.pdf](https://www.uni-erfurt.de/fileadmin/public-docs/PT_Thumfarth/Vorlesungsfolien%20Einfuehrung%20in%20elementare%20Felder%20der%20Sozialwissenschaften.pdf).

^{vii} Vgl. Ciska Raventós Vorst, Marco Vinico Fournier Facio, Diego Fernández Montero, Ronald Alfaro redondo: Respuestas ciudadanas ante el malestar con la política: Salida, Voz y lealtad. San José 2011., S.31.

^{viii} Z.B. In Estado de la Nación (Hrsg.): El descontento ciudadano y sus implicaciones para la estabilidad política en Costa Rica. http://www.estadonacion.or.cr/files/biblioteca_virtual/022/EN-22-CAP6.pdf.

^{ix} Vgl.: POLYAS GmbH (Hrsg.): <https://www.polyas.de/wahllexikon/wahlmuedigkeit> (Zugriff: 25.8.17).

^x Vgl. Abschnitt der Gründe.

^{xi} Statista (Hrsg.): <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/36666/umfrage/ursachen-von-wahlmuedigkeit-und-politikverdrossenheit/> (Zugriff: 25.8.17).

^{xii} Vgl. Raventós Vorst, Ciska; Fournier Facio, Marco Vinico, Ramírez Moreira, Olman; Gutiérrez Espeleta, Ana Lucía; García Fernández, Jorge Raúl: Abstencionistas en Costa Rica: Quiénes son y por qué no votan? San José 2005. S.17/18.

^{xiii} Vgl. Zeit Online (Hrsg.): Nichtwähler fühlen sich nicht unpolitisch. Wer nicht wählt, muss nicht unbedingt politikverdrossen sein: Einer Umfrage zufolge verweigern sich viele Nichtwähler nur zeitweise, Wahlen finden sie wichtig. Zeit Online 17.6.2013

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article152474875/Wie-wir-Nichtwaehler-zurueckgewinnen-koennen.html> (Zugriff 12.9.17).

^{xiv} Vgl. Ebd.

^{xv} Vgl. Ebd.

^{xvi} Vgl. Ebd.

^{xvii} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez September 2017. Für alle hier aufgeführten Interviews (Interviews mit sechs Costa-Ricanern, Steffan Gómez Campos und Hugo Picado León), können Sie mich bei Interesse gerne kontaktieren und ich schicke Ihnen die vollständigen Interviews. Vgl. auch Abschnitt "Aktuelle Lage".

^{xviii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005 S.21.

^{xix} Vgl. Ebd.

^{xx} Vgl. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (Hrsg.): LIPortalDas Länder- Informations-Portal: Costa Rica <https://www.liportal.de/costa-rica/geschichte-staat/> (Zugriff: 31.8.17).

^{xxi} Vgl. Alfaro-Redondo, Ronald; Gómez-Campos, Steffan (Hrsg.): Costa Rica: Elecciones en el contexto político más adverso arrojan la mayor fragmentación partidaria en 60 años .Costa Rica: Elections Under the Most Adverse Context Produce the Highest Political Fragmentation in 60 Years. Cielo 2014. http://www.scielo.cl/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0718-090X2014000100006 (Zugriff: 20.9.2017).

^{xxii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.21.

^{xxiii} Vgl. Konrad Adenauer Stiftung Auslandsbüro Costa Rica und Panama (Hrsg.): Parteienlandschaft Costa ricas und Panamas <http://www.kas.de/costa-rica/de/pages/6067/> (Zugriff: 7.9.17).

^{xxiv} Vgl. Cerdas, Rodolfo : El Desencanto Democrático: Crisis de partidos y transición democrática en Centroamérica z Panama. San José 1993., S.94ff.

^{xxv} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005 S.21.

^{xxvi} Vgl. Cerdas, Rodolfo: El Desencanto Democrático: Crisis de partidos y transición democrática en Centroamérica z Panama. San José 1993., S.91.

^{xxvii} Basierend auf Interview mit Steffan Gomez Campos, Frage 5 . September 2017.

^{xxviii} s. Grafik, S.4.

^{xxix} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005., S.2f.

^{xxx} Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005. Elaborado con base en las Estadísticas del Sufragio y Padrones Digitales de 1994, 1998 y 2002, S.2.

^{xxx}_i Vgl. Ebd., S.4, vgl. auch Interview Hugo Picado León, Frage 12.

^{xxx}_{ii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.23.

^{xxx}_{iii} Vgl. Ebd.

^{xxx}_{iv} Vgl. Ebd.

^{xxx}_v Vgl. Ebd., S.4

^{xxx}_{vi} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 11. September 2017.

^{xxx}_{vii} Vgl. Huhn, Sebastian (Hrsgb): Costa Rica – ein Sozialstaat im Wandel, 28.11.2007 <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44709/geschichte> (Zugriff: 10.10.17).

^{xxx}_{viii} Vgl. Proyecto Estado de la Nación, 2001a (zitiert in Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, p.30).

^{xxx}_{ix} Vgl. Ebd. S.33.

^{xl} Vgl. Anhang Interview Steffan Gómez, Frage 3 und 4.

^{xli} Vglf. Konrad Adenauer Stiftung Auslandsbüro Costa Rica und Panama (Hrsg.): Parteienlandschaft Costa Ricas und Panamas . <http://www.kas.de/costa-rica/de/pages/6067/> (Zugriff: 7.9.17).

^{xlii} Vgl. Ramírez Moreira, Olman: Comportamiento del electorado costarricense : elecciones del 2006. San José 2005, S.46.

^{xliii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio,; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.146.

^{xliiv} Basierend auf sechs persönlich geführten Interviews mit Vertretern unterschiedlicher Altersgruppen (19-89 Jahre).

^{xliiv} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 11. September 2017, Frage 10 und Frage 3.

^{xliiv} Ebd.S.7f: In einer 2003 erhobenen nationalen Umfrage über Wahlenthaltung gaben 90 % der Befragten an Politik mit den Wahlen zu identifizieren, 84% mit dem Wahlkampf der Parteien, 81,6 % damit was die Abgeordneten im Parlament machen, 74,5 % mit dem was die Regierung macht, weniger als die Hälfte dagegen bezeichnete die kommunalen Wahlkämpfen oder Demonstrationen als Politik.

^{xliiv} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.102.

^{xlviii} Vgl. Ebd.

^{xlix} Vgl. Ebd. S.32.

^l Vgl.Ebd. Vgl. Hierzu den Abschnitt der Gründe, zudem basierend auf Interview Nummer 2 Minor.

^{li} Raventós Vorst, Fournier Facio, Ramírez Moreira, Gutiérrez Espeleta, García Fernández:2005., S.8.

^{lii} Ciska Raventós Vorst, Marco Vinico Fournier Facio, Diego Fernández Montero, Ronald Alfaro redondo: Respuestas ciudadanas ante el malestar con la política: Salida, Voz y lealtad. San José 2011., S.64.

^{liii} Ebd.

^{liv} Ebd, S.65.

^{lv} Ebd.

^{lvi} Tribunal Supremo de Elecciones: Participación y Abstencionismo. San José 2015, S. 21.

^{lvii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio,; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.64.

^{lviii} Vgl. Ebd., S.75

^{lix} Vgl. Ebd., S.76.

^{lx} Eigene Nachstellung des Diagrammes. Gráfico 4.3 aus: Raventós Vorst,; Fournier Facio,; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011,S.67.

Abgebildet werden nur die Tendenzen aus dem Diagramm, da keine exakten Daten angegeben sind.

^{lxi} Vgl. Ebd., S.71.

^{lxii} Vgl. Ebd., S.73.

^{lxiii} Vgl. Ebd., S.73.

^{lxiv} Vgl. Ebd., S.34f.

^{lxv} Ebd., S.32f, Eigene Nachstellung der Tabelle Cuadro 2.1.

^{lxvi} Ebd, S.33, Eigene Nachstellung der Tabelle Cuadro 2.2.

^{lxvii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio,; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011,S.33.

^{lxviii} Basierend auf Interviews mit Costa Ricanern, v.a. Frage 7 sowie auf dem Interview mit Hugo Picado León, Frage 3, September 2017.

^{lxix} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio,; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011,S.33f.

^{lxx} Ebd., S. 35f

^{lxxi} Ebd.

^{lxxii} Vgl. Fislage, Franziska; Grabow, Karsten: Schwankende Wahlbeteiligung. Internationale Erfahrungen zur Wahlbeteiligung und mögliche Reformansätze. Analysen und Argumente Konrad-Adenauer-Stiftung Ausgabe 227 November 2016 S.2ff.
Vgl. auch Interview Hugo Picado León Frage 2.

^{lxxiii} Merkel, Dr. Wolfgang (Hrsg.): Die Herausforderungen der Demokratie zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wien, 3.3.2010.
https://wzb.eu/sites/default/files/personen/merkel.wolfgang.289/8_keynote_von_prof._dr._wolfgang_merkel_die_herausforderungen_der_demokratie_zu_beginn_des_21._jahrhunderts.pdf, S.3. (Zugriff: 7.9.18).

^{lxxiv} Ebd.

^{lxxv} Vgl. Ebd.

^{lxxvi} Vgl. Ebd.

^{lxxvii} Vgl. Ebd.

^{lxxviii} Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta,;García Fernández:2005, S.23f.

^{lxxix} Vgl. Ebd, S.31.

^{lxxx} Vgl. Ebd.

^{lxxxi} Vgl. Ebd, S.24

^{lxxxii} Eigene Konfiguration, basierend auf Statistiken des Tribunal Supremo de Elecciones: Elecciones Generales en cifras 1953-2014. San José 2014.

^{lxxxiii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.34.

^{lxxxiv} Vgl. Sobrado González, Luis Antonio: Elecciones y Democracia. San José 2014. TSE,KAS,IFED-TSE., S.109.

^{lxxxv} Vgl. Tribunal Supremo de Elecciones: Elecciones Generales in cifras 1953-2014, República San José 2014, S.13.

^{lxxxvi} Vgl. Alfaro-Redondo, Ronald; Gómez-Campos, Steffan (Hrsg.): Costa Rica: Elecciones en el contexto político más adverso arrojan la mayor fragmentación partidaria en 60 años .Costa Rica: Elections Under the Most Adverse Context Produce the Highest Political Fragmentation in 60 Years. Cielo 2014.

http://www.scielo.cl/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0718-090X2014000100006 (Zugriff: 20.9.2017).

^{lxxxvii} Vgl. Ebd.

^{lxxxviii} Vgl. Burgdörfer, Stefan ; Solis, Cindy (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen für die Entwicklung Costa Ricas: KAS und ASEI luden am 17. Dezember zu einer Diskussion über den "Estado de la Nación". <http://www.kas.de/costa-rica/de/publications/40054/> (Zugriff: 19.9.17) vgl auch Interview Steffan Gómez, Frage 5.

^{lxxxix} Basierend auf den Interviews mit Costa Ricaner, v.A. Fragen 3 und 4.

^{xc} Vgl. Alfaro-Redondo, Ronald; Gómez-Campos, Steffan (Hrsg.): Costa Rica: Elecciones en el contexto político más adverso arrojan la mayor fragmentación partidaria en 60 años .Costa Rica: Elections Under the Most Adverse Context Produce the Highest Political Fragmentation in 60 Years. Cielo 2014.

http://www.scielo.cl/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0718-090X2014000100006 (Zugriff: 20.9.2017).

^{xci} Vgl. Ebd.

^{xcii} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 16.

^{xciii} S. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): BTI 2016 Transformationsindex. <https://www.bti-project.org/de/index/> (Zugriff: 10.10.17).

^{xciv} S. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): BTI 2016 | Costa Rica Country Report <https://www.bti-project.org/de/berichte/laenderberichte/detail/itc/cri/ity/2014/itr/lac/> (Zugriff: 10.10.17).

^{xcv} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 16.

^{xcvi} Vgl. Diario Extra: Presidentes de Supremos Poderes opinan sobre Cementazo, San Jose 4-7. September 2017.

^{xcvii} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 17.

^{xcviii} Vgl. Diario Extra: Presidentes de Supremos Poderes opinan sobre Cementazo, San Jose 4-7. September.
Vgl. Auch Abschnitt der Gründe.

^{xcix} Vgl. Ebd.

^c Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 11.

^{ci} Estado de la Nación (Hrsg.): Fortalecimiento de la democracia. San José 2016, S.245.

Zu finden in:

http://www.estadonacion.or.cr/files/biblioteca_virtual/022/EN-22-CAP5.pdf,

^{cii} Vgl. Ebd.

^{ciii} Vgl. [Ebd.](#), S.275.

^{civ} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 22.

^{cv} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.26.

^{cvi} Vgl. Ebd. S.222, auch basierend auf Interview mit Hugo Picado León Frage 7.

^{cvii} Vgl. Ebd.,
auch basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 7.

^{cviii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005,
S.27 und S.114.

^{cix} Ebd. S.27 und S. 114.

^{cx} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 7.

^{cx i} Basierend auf persönlichen Erfahrungen im Gespräch mit Jugendlichen aus Alajuelita und La Carpio
im August und September 2017 sowie Interviews mit Costa Ricanern Nummer 3 Xinia.

^{cx ii} Riebe, Dieter (Hrsg.): DFG-VK Bonn-Rhein-Sieg
<https://dfg-vk-bonn-rhein-sieg.de/index.php/gedanken-zum-frieden/friedens-zitate-kurz/2817-paul-valery-politik-ist-die-kunst-die-leute-daran-zu-hindern-sich-um-das-zu-kuemmern-was-sie-angeht>
(Zugriff: 11.9.17).

^{cx iii} Basierend auf Interview mit dem jungen Erwachsenen Minor.

^{cx iv} Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.121.

^{cx v} Vgl. Ebd., S.29.

^{cx vi} Vgl. Ebd., S29f.

^{cx vii} Vgl. Ebd., S.30.

^{cx viii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.68.

^{cx ix} Vgl. Ebd., S.69.

^{cx x} Vgl. Ebd, S.69 Cuadro4.1.

-
- ^{cxxi} Vgl. Ebd., S.71.
- ^{cxxii} Vgl. Ebd., S.72.
- ^{cxxiii} Vgl. Ebd. S.69.
- ^{cxxiv} Vgl. Ebd., S.70.
- ^{cxxv} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S,148.
- ^{cxxvi} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 7.
- ^{cxxvii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.148.
- ^{cxxviii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005.S.37ff.
- ^{cxxix} S. Ebd., S.42. Elaborado con base en el Padrón Digital de 2002, Tribunal Supremo de Elecciones.
- ^{cxxx} Vgl. Ebd., S.57.
- ^{cxxxi} Vgl. Alfaro-Redondo, Ronald; Gómez-Campos, Steffan (Hrsg.): Costa Rica: Elecciones en el contexto político más adverso arrojan la mayor fragmentación partidaria en 60 años .Costa Rica: Elections Under the Most Adverse Context Produce the Highest Political Fragmentation in 60 Years. Cielo 2014. http://www.scielo.cl/scielo.php?script=sci_arttext&pid=S0718-090X2014000100006 (Zugriff: 20.9.2017).
- ^{cxxxii} Vgl. Ebd.
- ^{cxxxiii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005.S.57.
- ^{cxxxiv} Vgl. Nowalski, Jorge: Asimetrías Económicas, Sociales y Políticas en Costa Rica: Hacia una Calidad de Vida Digna. San José 2003, S.67.
- ^{cxxxv} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011., S.68f.
- ^{cxxxvi} Vgl. Ebd., S.70.
- ^{cxxxvii} Vgl. Ebd., S.78.
- ^{cxxxviii} Vgl. Ebd.
- ^{cxxxix} Vgl. Ramírez Moreira, Olman. San José 2010: Comportamiento del electorado costarricense : elecciones del 2006. San José 2010, S.186f .
Vgl. Auch Anhang Interview Nummer 3, Doña Teresa, Frage 7.

^{cxl} Vgl. Ebd. S.187.

^{cxli} Programm, das regelmäßig Berichte über den Zustand der Nation verfasst, s. auch Interview Steffan Gómez Campos Frage 1.

^{cxlii} Basierend auf. Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 13.

^{cxliii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.103.

^{cxliv} Vgl. Mit Bezug auf dieses Kapitel auch Interview mit Hugo Picado León, v.a. Frage 2.

^{cxlv} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.152.

^{cxlvi} Vgl. Ebd.

^{cxlvii} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.17f.

Basierend auch auf Interview Hugo Picado León, Frage 3.

^{cxlviii} Basierend auch auf Interview Hugo Picado León, Frage 13.

^{cxlix} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.73.

^{cl} Vgl. Hierzu Mora Salas, Minor; Pérez Sáinz, Juan Pablo: Se acabó la Pura Vida. Amenazas y desafíos sociales en la Costa Rica del Siglo XXI. San José. FLACSO 2009. (v.A. S.52ff, 75ff, 127).

^{cli} Vgl. Cecilia Navarro, Yajaira; Incer Brenes, Graciela (Hrsg.): Política, desarrollo y bienestar, La visión de diversos actores de la sociedad costarricense en el 2011. San José 2011. FLACSO, S.172.

^{clii} Vgl. Burgdörfer, Stefan ; Solis, Cindy (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen für die Entwicklung Costa Ricas: KAS und ASEI luden am 17. Dezember zu einer Diskussion über den "Estado de la Nación". <http://www.kas.de/costa-rica/de/publications/40054/> (Zugriff: 19.9.17).

^{cliii} Daten aus: KNOEMA (Hrsg.): <http://knoema.de/atlas/Costa-Rica/topics/Armut/Einkommensungleichheit/Gini-Koeffizient> (Zugriff: 19.9.2017).

^{cliv} Vgl. Burgdörfer, Stefan ; Solis, Cindy (Hrsg.): Aktuelle Herausforderungen für die Entwicklung Costa Ricas: KAS und ASEI luden am 17. Dezember zu einer Diskussion über den "Estado de la Nación". <http://www.kas.de/costa-rica/de/publications/40054/> (Zugriff: 19.9.17).

Vgl. auch Interview mit Steffan Gómez.

^{clv} Ebd.

^{clvi} Ebd.

^{clvii} Basierend auf Interviews mit Costa-Ricanern: fehlende Information wird häufig als Grund für Nichtwählen genannt.

^{clviii} Basierend auf Interview mit Doña Teresa.

^{clix} Vgl. Sol Arriaza, Ricardo: El desafío de la participación ciudadana en el estado democrático de derecho: Avances y retos de la participación ciudadana en la gestión de políticas públicas en espacios institucionales de los estados centroamericanos. San José FLACSO 2012. 1. Auflage, S.89.

^{clx} Vgl. Interviews Nummer 1-6, Frage Nummer 4 und 7.

^{clxi} Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011,S.37f.

^{clxii} Ramírez Moreira, Olman. San José 2010: Comportamiento del electorado costarricense : elecciones del 2006. San José 2010, S.68f.

^{clxiii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011,, S.38.

^{clxiv} Vgl. Ebd. S.38.

^{clxv} Vgl. Rojas Bolaños, Manuel; Sojo, Carlos: El malestar con la política: partidos y élites en Costa Rica. FLACSO- P r o g r a m a. San José, 1995, S.55.

^{clxvi} Vgl. Ebd, S,99f.

^{clxvii} Vgl. Ebd. S.100.

^{clxviii} Vgl. Ebd.

^{clxix} Übersetzung des Diagrammes aus Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005 , S.154.

^{clxx} Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.155.

^{clxxi} Vgl. Ebd. S.157.

^{clxxii} Vgl. Ebd.

^{clxxiii} Vgl. Ramírez Moreira, Olman. San José 2010: Comportamiento del electorado costarricense : elecciones del 2006. San José 2010, S.70 .
Basierend auch auf Interviews mit Costa-Ricanern, Frage 3.

^{clxxiv} Vgl. Ebd, S.71.

^{clxxv} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 5.

clxxvi Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 14 und Interview mit Hugo Picado León, Frage 15.

clxxvii Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.33f.

clxxviii Vgl. Ebd., s.33f.

clxxix Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.103.

clxxx Vgl. Ebd., S.23.

Basierend auch auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 12.

clxxxi Vgl. Seils, Christoph (Hrsg.): Nichtwähler gefährden die Demokratie . Cicero Magazin für politische Kultur 18.9.2014.
<http://cicero.de/innenpolitik/wahlbeteiligung-nichtwaehler-gefaehrden-die-demokratie/58236> (Zugriff: 12.9.2017).

clxxxii Vgl. Fehndrich, Martin; Zicht, Wilko (Hrsg.): Stimmenthaltung / Ungültige Stimmabgabe. Was bewirkt eine Stimmenthaltung, was eine ungültige Stimme?
<http://www.wahlrecht.de/lexikon/ungueltig.html> (Zugriff 12.9.17).

clxxxiii Vehrkamp, Robert (Hrsg.): Wie wir Nichtwähler zurückgewinnen können. Die Welt 22.2.2016.
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article152474875/Wie-wir-Nichtwaehler-zurueckgewinnen-koennen.html> (Zugriff: 12.9.17).

clxxxiv Albsteiger, Katrin Albsteiger; Vogt, Sascha ; Becker, Lasse (Hrsg.): Nicht wählen geht gar nicht! Manche Intellektuelle finden es schick, zum Wahlboykott aufzurufen. Dagegen wehren sich junge Politiker in einem gemeinsamen Aufruf.
Zeit Online 13.7.2013.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-07/nichtwaehler-replik-georg-diez> (Zugriff: 12.9.17).

clxxxv Siehe Abschnitt der Lösungsansätze.

clxxxvi Subjetivo, Geógrafo (Hrsg.): Las consecuencias de la abstención. 10.6.2009
https://books.google.co.cr/books?id=9XDyBgAAQBAJ&pg=PA71&hl=de&source=gbs_selected_pages&ad=2#v=onepage&q&f=false (Zugriff: 12.9.17).

clxxxvii Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011., S.79.
Vgl. auch Kapitel 5.

clxxxviii Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011., S.79.

clxxxix Vgl. Schäfer, Armin Hrsg.): Demokratie? Mehr oder weniger.
<http://www.faz.net/aktuell/politik/die-gegenwart/wahlbeteiligung-demokratie-mehr-oder-weniger-13900793.html> (Zugriff: 19.9.2017).

^{cxc} Vgl. Schäfer, Armin(Hrsg.): Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Jahrbuch 2008/2009 Max-Planck-Gesellschaft.
<https://www.mpg.de/446963/forschungsSchwerpunkt.pdf>.

^{cxcⁱ} Vgl. Ebd.

^{cxcⁱⁱ} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 14.

^{cxcⁱⁱⁱ} Gefunden hier: Roschk, Steffen(Hrsg.): Demokratie Zitate. 87 Zitate und Sprüche über Demokratie
<http://zitate.net/demokratie-zitate?p=2> (Zugriff: 2.10.17).

^{cxc^{iv}} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 12.

^{cxc^v} Vgl. Ramírez Moreira, Olman. San José 2010: Comportamiento del electorado costarricense : elecciones del 2006. San José 2010., S.247f.

^{cxc^{vi}} Vgl. Sobrado González, Luis Antonio: Elecciones y Democracia. San José 2014.TSE,KAS,IFED-TSE., S.109.

Vgl. Auch Alvarado Quesada, Paola (Hrsg.): Voto costarricense en el extranjero: un nuevo reto nacional. Tribunal Supremo de los Elecciones . San José2013.

^{cxc^{vii}} Vgl. POLYAS GmbH (Hrsg.): <https://www.polyas.de/wahllexikon/wahlmuedigkeit> (Zugriff: 25.8.17).

^{cxc^{viii}} Vgl. Vehrkamp, Robert: Wie wir Nichtwähler zurückgewinnen können. Die Welt 22.2.2016.

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article152474875/Wie-wir-Nichtwaehler-zurueckgewinnen-koennen.html> (Zugriff: 12.9.17).

^{cxc^{ix}} Interview mit Hugo Picado León, Frage 13.

^{cc} Vgl. Albsteiger, Katrin; Vogt, Sascha ; Becker, Lasse: Nicht wählen geht gar nicht! Manche Intellektuelle finden es schick, zum Wahlboykott aufzurufen. Dagegen wehren sich junge Politiker in einem gemeinsamen Aufruf. Zeit Online 13.7.2013.
<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2013-07/nichtwaehler-replik-georg-diez/seite-2> (Zugriff: 12.9.17).

^{cci} Vgl. Raventós Vorst; Fournier Facio; Ramírez Moreira; Gutiérrez Espeleta; García Fernández 2005, S.81-100.

^{ccii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S. 92.

^{cciii} Vgl. Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011., S.92f und S.149ff.

^{cciv} Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.136f.und S.149ff.

^{ccv} Raventós Vorst,; Fournier Facio; Fernández Montero; Alfaro Redondo 2011, S.92.

^{ccvi} Vgl. Ebd., S.150.

^{ccvii} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 19 sowie Interview mit Hugo Picado León, Frage 10.
sowie Estado de la Nación (Hrsg.): Capítulo 5. Fortalecimiento de la democracia. San José 2016.

^{ccviii} Sol Arriaza, Ricardo: El desafío de la participación ciudadana en el estado democrático de derecho: Avances y retos de la participación ciudadana en la gestión de políticas públicas en espacios institucionales de los estados centroamericanos. San José FLACSO 2012. 1. Auflage, S.136.

^{ccix} Vgl. Ebd. S.148.

^{ccx} Vgl. Ebd. S.149f und S.161.

^{ccxi} Vgl. Ebd. S.162.

^{ccxii} Vgl. POLYAS GmbH (Hrsg.): Wahlmüdigkeit.
<https://www.polyas.de/wahllexikon/wahlmuedigkeit> (Zugriff: 25.8.17).

^{ccxiii} Vgl. Ebd.

^{ccxiv} Vgl. POLYAS GmbH (Hrsg.): Juniorwahl.
<https://www.polyas.de/wahllexikon/juniorwahl> (Zugriff: 12.9.17).

^{ccxv} Vgl. Vehrkamp, Robert: Wie wir Nichtwähler zurückgewinnen können. Die Welt 22.2.2016.
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article152474875/Wie-wir-Nichtwaehler-zurueckgewinnen-koennen.html> (Zugriff:12.9.17).

^{ccxvi} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 8.

^{ccxvii} Vgl. El malestar con la política: partidos y élites en Costa Rica. FLACSO- Programa. San José, 1995.
<http://opi.ucr.ac.cr/sites/default/files/publicaciones/El%20malestar%20con%20la%20pol%C3%ADtica.pdf>.

^{ccxviii} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 4 und 5.

^{ccxix} Vgl. Ebd.

^{ccxx} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León Frage 15 und Interview mit Steffan Gómez Frage 14 und 15.

^{ccxxi} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 15.

^{ccxxii} Basierend auf Interview mit Steffan Gómez Campos, Frage 8.

^{ccxxiii} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 15 und 21.

^{ccxxiv} Basierend auf Interview mit Hugo Picado León, Frage 11.

^{ccxxv} Vgl. Neu, Viola; Pokorny, sabine : Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Berlin 2017. KAS., S.11.

^{ccxxvi} Eva, Johannes (Hrsg.): Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen.Seit vierzig Jahren sinkt die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen in Deutschland.
<https://bundestagswahl-2017.com/wahlbeteiligung/> (Zugriff: 2.10.2017).

^{ccxxvii} Vgl. Ebd.

^{ccxxviii} Basierend auf Interview Steffan Gómez Campos, Frage 19 und Interview mit Hugo Picado León, Frage 10.

^{ccxxix} Vgl. Abschnitt Lösungsansätze. Basierend auch auf Interview mit Hugo Picado León Frage 15 und Interview Steffan Gómez Campos Frage 14 und 15.

^{ccxxx} Basierend auf Interview Steffan Gómez Campos, Frage 21.

^{ccxxxi} Vorgestellt bei der Eröffnung der Wahlperiode am 4.10.17 im Tribunal de los Elecciones, San José.

^{ccxxxii} Ebd.

^{ccxxxiii} Basierend auf Interviews mit Costa-Ricanern.

^{ccxxxiv} Alle Daten aus: Neu, Viola; Pokorny, sabine : Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017. Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis. Berlin 2017. KAS., S.11.

^{ccxxxv} Unger, Christian: SPD-Votum: Auch Minderjährige dürfen über GroKo abstimmen
<https://www.abendblatt.de/politik/article21335529/SPD-Votum-Auch-Minderjaehrige-duerfen-ueber-GroKo-abstimmen.html> (Zugriff: 7.2.18)

^{ccxxxvi} Neidhard, Wolfram (Hrsg.) : Mehr als sechs Fraktionen. Bundestag war zur Adenauer-Zeit bunter.
<http://www.n-tv.de/politik/Bundestag-war-zur-Adenauer-Zeit-bunter-article20043248.html> (Zugriff: 3.10.2017).

^{ccxxxvii} Gefunden auf: watson % FixxPunkt AG (Hrsg.): Nach diesen 22 Zitaten zum Thema Demokratie wünscht man sich fast, die Schweiz hätte einen König.
<http://www.watson.ch/Schweiz/Wissen/895022858-Nach-diesen-22-Zitaten-zum-Thema-Demokratie-w%C3%BCnscht-man-sich-fast--die-Schweiz-h%C3%A4tte-einen-K%C3%B6nig> (Zugriff: 2.10.17).